

Beschlussbuch

Landesdelegiertenkonferenz
2019.3



JUSOS

HAMBURG

1 Neue Richtlinien für die Jusos Hamburg

2
3
4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat Folgendes beschlossen und zur
5 Bestätigung an den SPD Landesvorstand weitergeleitet:
6

7 **Beschlusstext:**

8 Richtlinien für die Jusos 9 10 in der SPD Landesorganisation Hamburg 11

12 Inhaltsverzeichnis:

- 13
14 I. Grundsätze, Aufgaben und Organisation (§§ 1 – 4)
15 II. Gliederungen und Projektgruppen (§§ 5 – 7)
16 III. Der Landesverband (§§ 9 – 13)
17 IV. Schlussbestimmungen (§§ 14 – 15)
18

19 Abschnitt I. 20 Grundsätze, Aufgaben und Organisation 21 (§§ 1 – 4) 22

23 §1 – Grundsätze

- 24
25 (1) Die Jusos Hamburg bilden eine Arbeitsgemeinschaft im Sinne des Organisationsstatuts der SPD.
26 (2) Die Tätigkeit der Jusos Hamburg ist Teil der Parteiarbeit. Organisatorische Grundlage für diese
27 Tätigkeit sind die 'Grundsätze und Richtlinien für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften in der
28 SPD'.
29 (3) Mitglieder der Jusos Hamburg sind alle Mitglieder der SPD Hamburg, die das 35. Lebensjahr
30 noch nicht vollendet haben. Werden Mitglieder vor ihrem 35. Geburtstag in Funktionen der
31 Jusos gewählt, so können sie diese bis zum Ende der Amtsperiode ausüben. Die Mitarbeit von
32 Personen, die nicht Mitglied der SPD sind, ist nach Maßgabe der Organisationsstatuts der SPD
33 möglich.
34 (4) Für alle Wahlen gilt die Wahlordnung der SPD.
35 (5) In den Richtlinien wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit ausschließlich die weibliche Form
36 verwendet. Sie bezieht sich auf Personen jeden Geschlechts.
37

38 §2 – Aufgaben

- 39 (1) Die Aufgaben der Jusos Hamburg sind:
40
41 ■ innerhalb der Jugend für die Ziele der Sozialdemokratie zu wirken,

- 42 ▪ zur Weiterentwicklung der Europäischen Sozialdemokratie beizutragen,
43 ▪ politische Schulungs-, Bildungs- und Informationsarbeit durchzuführen,
44 ▪ die Arbeit der SPD im Sinne des Grundsatzprogramms zu unterstützen,
45 ▪ politische Aufklärung besonders unter den Jungwählerinnen zu betreiben,
46 ▪ durch Kontakte mit anderen Jugendverbänden auf nationaler und internationaler
47 Ebene zu Solidarität zwischen Menschen verschiedener Nationalitäten, Ethnien und
48 Kulturen beizutragen.

49

§3 – Aufbau

- 51 (1) Der organisatorische Aufbau der Jusos Hamburg orientiert sich an dem der SPD Hamburg,
52 er gliedert sich in Land, Kreise und Juso-Gruppen.
53 (2) Organe der Jusos Hamburg sind
54 a. die Landesdelegiertenkonferenz (LDK),
55 b. der Landesvorstand (LV).

56

§4 – Übergreifende Regelungen

- 57 (1) Gremien der Jusos Hamburg tagen grundsätzlich juso- und parteiöffentlich. Näheres regelt die
58 jeweilige Geschäftsordnung.
59 (2) In allen zu wählenden Gremien der Jusos Hamburg werden jeweils mindestens 40% der Plätze
60 durch Frauen bzw. Männer besetzt.
61 (3) Beschlüsse werden durch einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit diese
62 Richtlinien nichts anderes bestimmen.
63 (4) Beschlüsse, die einer qualifizierten Mehrheit bedürfen, bedürfen einer Mehrheit von 2/3 der
64 abgegebenen Stimmen.
65 (5) Vorstände sind beschlussfähig, wenn die Mehrheit ihrer Mitglieder erschienen ist. Die
66 Geschäftsordnungen können Umlaufbeschlüsse vorsehen. Ein Umlaufbeschluss ist gültig, wenn
67 innerhalb einer von der Geschäftsordnung festzulegenden Frist die Mehrheit der Mitglieder des
68 Vorstandes teilgenommen hat.
69

70

71

Abschnitt II.

72

Gliederungen und Projektgruppen

73

(§§ 5 – 7)

74

§5 – Juso-Gruppen

- 75 (1) Die organisatorische Grundeinheit ist die Juso-Gruppe. Juso-Gruppen dürfen sich
76 distriktsübergreifend organisieren. Innerhalb eines SPD-Distriktes dürfen jedoch nicht mehrere
77 Gruppen bestehen.
78 (2) Zur Gründung einer Gruppe sind mindestens sieben Mitglieder erforderlich. Die Auflösung einer
79 Gruppe erfolgt dann, wenn die Zahl der Mitglieder auf der Hauptversammlung drei
80 unterschreitet.
81 (3) Die Vollversammlung einer Juso-Gruppe wählt
82 a. die Gruppenvorsitzende
83

- 84 b. einer von der Vollversammlung festzulegenden Zahl von stellvertretenden
85 Gruppenvorsitzenden
86 c. einer von der Vollversammlung festzulegenden Zahl von Beisitzerinnen,
87 die zusammen der Gruppenvorstand bilden, sowie
88 d. die Delegierten für die LDK,
89 e. ggf. die Delegierten für die Kreisdelegiertenversammlung der Jusos.
90 (4) Ein Protokoll der Wahl-Jusogruppensitzung mit den Namen der gewählten Delegierten
91 zusammen mit einer Liste der Anwesenden bei dieser Juso-Gruppensitzung bei der LGF
92 schnellstmöglich, mindestens jedoch fünf Tage vor der nächsten LDK, einzureichen.
93 (5) Die Amtszeit der Juso-Gruppenvorstände beträgt 12 Monate ab dem Zeitpunkt der Wahl.
94 Organisationswahlen sollen spätestens 3 Monate nach Ende der Amtszeit erfolgen.

95

96 §6 – Kreisverbände

- 97 (1) Alle Mitglieder innerhalb eines SPD-Kreises bilden einen Juso-Kreisverband. Ihm gehören alle
98 Juso-Gruppen im Gebiet des Kreisverbandes an.
99 (2) Die Kreisversammlungen der Jusos Hamburg sind entweder Kreisvollversammlungen oder
100 Kreisdelegiertenversammlungen. Sie können sich eine Geschäftsordnung geben.
101 (3) Die Kreisversammlungen wählen einen Kreisvorstand, der
102 a. aus der Kreisvorsitzenden
103 b. einer Kreisgeschäftsführerin
104 c. einer von der Kreisversammlung festzulegenden Zahl von stellvertretenden
105 Kreisvorsitzenden
106 d. einer Frauenbeauftragten
107 e. einer von der Kreisversammlung festzulegenden Zahl von Beisitzerinnen.
108 besteht. Die Kreisversammlung kann beschließen, dauerhaft auf die Wahl einer
109 Kreisgeschäftsführerin zu verzichten. Die Wahlprotokolle sind der LGF zuzustellen.
110 (4) Die Amtszeit der der Kreisvorstände beträgt 12 Monate ab dem Zeitpunkt der Wahl.
111 Organisationswahlen sollen spätestens 3 Monate nach Ende der Amtszeit erfolgen.
112 (5) Die Mitglieder der Kreisvorstände führen ihre Geschäfte ehrenamtlich. Sie sind für ihre
113 ehrenamtliche Tätigkeit von der Haftung für einfache Fahrlässigkeit freigestellt.
114 (6) Änderungen der Versammlungsform gemäß Absatz 2 und Beschlüsse gemäß Absatz 3 Satz 2
115 setzen einen Beschluss der Kreisversammlung mit qualifizierter Mehrheit voraus. Ein so
116 gefasster Beschluss gilt erstmals für die nächste Kreisversammlung bzw. die nächste
117 Kreisversammlung mit Wahlen.
118 (7) Kreisverbände die aus nur einer Juso-Gruppe bestehen, übernehmen die Aufgaben der Juso-
119 Gruppe für ihr Gebiet. Dazu gehört insbesondere auch die Wahl der Delegierten für die LDK (§5
120 Abs. 4 d.).

121

122 §7 – Projektgruppen

123 Der LV betreut die folgenden Projektgruppen: Juso-Schülerinnen Hamburg, die Juso-Azubi-
124 Gruppe Hamburg, sowie die Juso-Hochschulgruppen aller Hamburger Universitäten.
125 Organisatorische Grundlage bilden die 'Grundsätze und Richtlinien für die Tätigkeiten der
126 Arbeitsgemeinschaften in der SPD'.

127 **Abschnitt III.**
128 **Landesverband**
129 **(§§ 8 – 13)**

130
131 **§8 – Die Landesdelegiertenkonferenz**

- 132 (1) Die LDK ist das höchste beschlussfassende Gremium der Jusos Hamburg. Die LDK soll einmal pro
133 Quartal stattfinden und hat folgende Aufgaben:
- 134 ▪ Wahl und Kontrolle des Landesvorstandes,
 - 135 ▪ Nominierung der Vertreterinnen der Jusos Hamburg im SPD Landesvorstand,
 - 136 ▪ Wahl der Delegierten für den Bundeskongress (BuKo) und den Bundesausschuss (BA)
 - 137 ▪ Festlegung des Corporate Designs der Jusos Hamburg und seiner Gliederungen,
 - 138 ▪ Beschlussfassung über gestellte Anträge.
- 139 (2) Der Landesvorstand hält einmal jährlich einen Rechenschaftsbericht.
- 140 (3) Antragsberechtigt sind die Juso-Gruppen, die Kreise, der LV, sowie die Projektgruppen.
- 141 (4) Die Legitimation der Delegierten prüft eine von der LDK gewählte
142 Mandatsprüfungskommission. Die LDK ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der
143 ordnungsgemäß gewählten Delegierten anwesend sind. Ist die LDK beschlussunfähig, ist sie
144 innerhalb von 3 bis 6 Wochen erneut einzuberufen. Diese LDK ist unabhängig von der Zahl der
145 anwesenden Delegierten beschlussfähig.
- 146 (5) Die LDK gibt sich eine dauerhafte Geschäftsordnung. Zusätzlich kann sie eine allgemeine
147 Geschäftsordnung erlassen, die für den LV, alle Kreise, Juso-Gruppen, Projektgruppen und
148 Arbeitskreise gilt, soweit sie sich keine eigene Geschäftsordnung geben.
- 149 (6) Die LDK wählt ein Präsidium, dass für die unparteiische Leitung der Konferenzen zuständig ist.
150 Das Präsidium besteht aus drei bis vier Personen, die nicht dem aktuellen LV angehören sollen.

151
152 **§9 – Zusammensetzung der Landesdelegiertenkonferenz**

- 153 (1) Die LDK besteht aus Delegierten, die jährlich auf Gruppenebene zu wählen sind. Die Anzahl der
154 Delegierten pro Juso-Gruppe berechnet sich gemäß der Zahl ihrer Mitglieder dividiert durch 40
155 (Standardrundung), mindestens jedoch eine Delegierte pro Juso-Gruppe.
- 156 (2) Stichtag für die Berechnung des Delegiertenschlüssels ist der 21.Tag vor einer
157 Landesdelegiertenkonferenz.
- 158 (3) Die Mitglieder des LV nehmen - sofern sie nicht Delegierte sind - ohne Stimmrecht an der LDK
159 teil.

160
161 **§10 – Einladung der Landesdelegiertenkonferenz**

- 162 (1) Eine LDK muss auf Beschluss des LV oder auf Antrag von mindestens drei Kreisvorständen
163 einberufen werden. Der LV legt den Termin fest.
- 164 (2) Sie wird möglichst vier Wochen zuvor per E-Mail/ auf der Internetseite angekündigt, mindestens
165 14 Tage vorher schriftlich einberufen.
- 166 (3) Der LV setzt für die LDK eine Antragsfrist fest, die mindestens 14 Tage vor Beginn der Konferenz
167 enden muss. Rechtzeitig beim LV eingegangene Anträge werden den Delegierten zugeleitet. Die
168 LDK kann die Stellung von Initiativanträgen zulassen. Näheres regelt die Geschäftsordnung.

170 §11 – Antragskommission

171 Um die inhaltliche Arbeit und Antragsberatung auf den Landesdelegiertenkonferenzen zu
172 verbessern, richten die Jusos Hamburg eine Antragskommission ein. Diese Kommission hat eine
173 Beratungsfunktion im Vorfeld einer LDK und kein inhaltliches Vorschlagsrechtsrecht. Näheres
174 über Aufgabenumfang und personelle Zusammensetzung regelt eine von der LDK zu erlassene
175 Richtlinie, die einer qualifizierten Mehrheit bedarf. Sie darf dabei weitere
176 Unvereinbarkeiten mit anderen Ämtern oder Aufgaben vorsehen.

177 §12 – der Landesvorstand

- 178 (1) Der Vorstand ist für alle Angelegenheiten des Jusos Hamburg zuständig, soweit sie nicht durch
179 diese Richtlinien oder dem SPD-Organisationstatut einem anderen Organ zugewiesen sind.
180 Dazu gehören insbesondere:
181
- 182 a. die Einberufung und organisatorische Vorbereitung von LDKen
 - 183 b. die öffentliche Repräsentanz der Jusos Hamburg
 - 184 c. die Anwerbung von Mitgliedern
 - 185 d. die Betreuung der Projektgruppen
 - 186 e. Umsetzung der Beschlüsse der Landesdelegiertenkonferenz
- 187 (2) Der geschäftsführende Vorstand besteht aus der Vorsitzenden sowie den stellvertretenden
188 Vorsitzenden. Die Landesgeschäftsführerin unterstützt den GLV in seiner Arbeit und nimmt an
189 seinen Sitzungen mit beratender Stimme teil.
- 190 (3) Der Vorstand besteht aus dem geschäftsführenden Vorstand, der Landesgeschäftsführerin, der
191 Frauenbeauftragten und weiteren von der LDK zu wählenden Jusos (Beisitzerinnen). Der
192 Landesvorstand setzt sich dabei aus mindestens einem stimmberechtigten Mitglied aus jedem
193 Kreisverband zusammen. Die Vorsitzenden der Projektgruppen (§7) sowie die Vertreterinnen
194 der Kreisverbände (Absatz 4) treten beratend hinzu.
- 195 (4) Die Kreisvorstände benennen ein Mitglied aus ihrer Mitte als Kreisvertreter. Beschlüsse über
196 Änderungen der Vertretung treten mit Übersendung des Beschlussprotokolls an die LGF in Kraft.
- 197 (5) Der LV gibt sich eine Geschäftsordnung. Er setzt Arbeitskreise ein. Er kann Aufgaben an den
198 geschäftsführenden Vorstand delegieren. Der Vorstand kann besondere, ihm zugewiesene
199 Aufgaben auch an einzelne Mitglieder des LV übertragen und ist berechtigt, entsprechende
200 Vollmachten zu erteilen.
- 201 (6) Der LV tritt in der Regel monatlich zusammen. Darüber hinaus auf Wunsch der Vorsitzenden
202 oder vier anderer LV-Mitglieder. Die Geschäftsführerin hat in grundsätzlichen, ihre (An-)Stellung
203 betreffenden Angelegenheiten kein Anwesenheits-, Teilnahme-, Rede- oder Stimmrecht.
- 204 (7) Der Vorstand führt die Geschäfte ehrenamtlich. Die Vorstandsmitglieder sind für ihre
205 ehrenamtliche Tätigkeit von der Haftung für einfache Fahrlässigkeit freigestellt. Die
206 Geschäftsführerin ist von Satz 1 ausgenommen.

207 §13 – Wahl des Landesvorstandes

- 208 (1) Reguläre Vorstandswahlen finden auf der ordentlichen LDK im vierten Quartal eines jeden
209 Jahres mit ungerader Jahreszahl statt. Die Amtszeiten der dort gewählten dauern vom
210 Zeitpunkt der Wahl an zwei Jahre. Es gilt die Wahlordnung der SPD.
- 211 (2) Die LDK wählt
- 212 a. eine Landesvorsitzende
- 213

- 214 b. eine von der LDK festzulegenden Zahl von stellvertretenden Landesvorsitzenden
215 c. eine Landesgeschäftsführerin
216 d. eine Frauenbeauftragte
217 e. eine von der LDK festzulegenden Zahl von Beisitzerinnen.
- 218 (3) Scheidet ein Mitglied des LV während der Amtsperiode aus, so hat auf der nächsten LDK, sofern
219 es sich nicht um eine ordentliche LDK mit Wahl gemäß Absatz 1 handelt, die Nachwahl der nicht
220 besetzten Vorstandsämter zu erfolgen. Die Amtszeit der dort Gewählten endet mit Ende der
221 Amtszeit der restlichen Vorstandsmitglieder gemäß Absatz 1. Handelt es sich dabei um die
222 Landesvorsitzende, so kann der Vorstand eine der stellvertretenden Vorsitzenden für die Dauer
223 bis zur nächsten LDK für diese Position ernennen.
- 224 (4) Die Landesdelegiertenkonferenz kann dem gesamten LV oder einzelnen Vorstandsmitgliedern
225 gemäß Absatz 2 per Beschluss mit qualifizierter Mehrheit das Misstrauen aussprechen. Wird
226 dem Landesvorstand oder einem Mitglied gemäß Satz 1 das Misstrauen ausgesprochen, so
227 scheiden die betroffenen Mitglieder mit sofortiger Wirkung aus dem LV aus. Ein Beschluss
228 bedarf eines Antrages der mindestens 14 Tage vor der LDK eingereicht werden muss.
229 Antragsberechtigt sind 3 Kreisvorstände oder 40% der LDK-Delegierten. Wenn ein Antrag
230 Abwahl auf der Tagesordnung steht, so müssen auch die gegebenenfalls zu erfolgenden
231 Nachwahlen auf der Tagesordnung stehen. Absatz 3 Satz 2 findet Anwendung.

232

233 §14 – Antidiskriminierungsstelle

234 Um die Würde und persönliche Integrität aller Mitglieder zu schützen richten die Jusos Hamburg
235 eine Antidiskriminierungsstelle ein. Mitglieder des LV dürfen für die Dauer ihrer Amtszeit nicht
236 Teil der Antidiskriminierungsstelle sein. Näheres über Aufgabenumfang und personelle
237 Zusammensetzung regelt eine von der LDK zu erlassene Richtlinie, die einer qualifizierten
238 Mehrheit bedarf. Sie darf dabei weitere Unvereinbarkeiten mit anderen Ämtern oder Aufgaben
239 vorsehen.

240

241

242

243

244

245

246 §15 – Kommunikation mit den Mitgliedern

- 247 (1) Die Jusos kommunizieren mit ihren Mitgliedern grundsätzlich per E-Mail. Die schriftliche Form
248 im Sinne dieser Richtlinie bleibt entsprechend auch dann gewahrt, wenn eine Einladung per E-
249 Mail verschickt wurde, bzw. das Mitglied per E-Mail mit den Jusos in Kontakt getreten ist. Dies
250 gilt insbesondere auch für Einladungen zu Mitgliederversammlungen und
251 Delegiertenkonferenzen. Bei Mitgliedern ohne an die SPD bekannt gegebene E-Mail-Adresse
252 erfolgt die Kommunikation per Brief.
- 253 (2) Ein versandtes Einladungsschreiben oder Schreiben gilt dem Mitglied als zugegangen, wenn es
254 an die letzte von dem Mitglied der SPD bekannt gegebene E-Mail-Adresse bzw. Anschrift
255 gerichtet ist. Jedes Mitglied ist selbst dafür verantwortlich, Änderungen der E-Mail-Adresse
256 oder der Anschrift der SPD gegenüber bekannt zu geben.

257

258 §16 – Inkrafttreten, Außerkrafttreten alter Vorschriften, Änderungen

259 (3) Diese Richtlinie ist von der LDK am 29. September 2019 beschlossen worden. Sie tritt erst mit
260 Beschlussfassung durch den Landesvorstand der SPD Hamburg in Kraft, frühestens jedoch zum
261 01.11.2019. In Bezug auf die Zusammensetzung der Vorstände gemäß § 6 Absatz 3 und §12
262 Absatz 2 und 3, sowie die Länge der Amtszeit gemäß §13 Absatz 1 gilt sie erstmals für die nach
263 Inkrafttreten dieser Richtlinie gewählten Vorstände.

264 (4) Mit Inkrafttreten dieser Richtlinien treten die 'Richtlinien für die JungsozialistInnen in der SPD
265 Landesorganisation Hamburg' außer Kraft.

266 (5) Änderungen dieser Richtlinien setzen einen Beschluss der LDK voraus, der einer qualifizierten
267 Mehrheit bedarf. Sie treten erst mit Beschlussfassung durch den Landesvorstand der SPD
268 Hamburg in Kraft.

1 Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils und der besseren 2 Frauenförderung und -vernetzung innerhalb der Jusos Hamburg

3
4
5 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat zur Weiterleitung an den Juso-
6 Landesvorstand beschlossen:

9 **Forderung:**

10
11 Wir fordern den Juso-Landesvorstand dazu auf, sich für die Umsetzung der folgenden
12 Maßnahmen einzusetzen:

- 13
14 1. Die Frauenbeauftragte soll sich für folgende Dinge einsetzen bzw. hat folgende
15 Aufgaben:
 - 16
17 a) Sie fungiert als **erste Ansprechpartnerin für weibliche Neumitglieder** und sorgt
18 für die Vernetzung des Neumitglieds in den Juso-Gruppen und Juso-Kreisen und
19 ggf. Juso-Arbeitskreisen und ist die **Ansprechpartnerin der Pat*innen** in den Juso-
20 Gruppen und -Kreisen (siehe Punkt des Antrags 3). In diesem Zusammenhang
21 sollten **regelmäßige Austausche** zwischen der Frauenbeauftragten und den
22 Pat*innen stattfinden.
 - 23
24 b) Sie agiert als **Schnittstelle/ Ansprechpartner zur AsF**. Das Ziel von der Juso-
25 Seite her ist es, Frauen im Juso-Alter, die sich aktiv bei der AsF engagieren, aber
26 noch nicht bei den Jusos, für die aktive Arbeit bei den Jusos zu gewinnen.
 - 27
28 c) Sie soll mindestens einmal **monatlich ein Juso-Frauen-Vernetzungstreffen**
29 organisieren.
 - 30
31 d) Sie ist gemeinsam mit dem Landesvorstand dafür verantwortlich, **einmal im Jahr**
32 **ein größeres Frauenvernetzungstreffen** zu organisieren. Die Vernetzung soll
33 hierbei mit weiteren passenden Organisationen/ Institutionen/ Vereinen/ ggf.
34 anderen Parteien ermöglicht werden (z.B. Frauen der DGB-Jugend).
 - 35
36 e) Sie ist gemeinsam mit dem Landesvorstand für die **Organisation und**
37 **Durchführung des jährlichen Juso-Mentoringprogramms** zuständig (siehe
38 Punkt 4 des Antrags).
 - 39
40 f) Sie organisiert zusammen mit dem Landesvorstand und ggf. in Kooperation mit der
41 AsF eine **frauenpolitische Ausfahrt** zum Bundestag nach Berlin (nicht nur für
42 Juso-Frauen, sondern ebenfalls offen für junge politisch interessierte Frauen), bei
43 der die Teilnehmerinnen die Gelegenheit erhalten sollen, mit weiblichen
44 Bundestagsabgeordneten ins Gespräch zu kommen. Die Umsetzung alternativer
45 frauenpolitischer Ausfahrten ist möglich.
 - 46
47 g) Sie kann ggf. **weitere Formate und Maßnahmen entwickeln und durchführen**,
48 die dazu dienen, den Anteil aktiver Frauen bei den Jusos (und insgesamt pol.
49 interessierter Frauen) und die Vernetzung der Juso-Frauen untereinander zu
50 steigern, beispielsweise:
51

52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100
101
102
103
104
105

- Gemeinsamer Theaterbesuch oder Filmabend mit anschließender Diskussion
- Gesprächsabende mit führenden Frauen aus untersch. Bereichen, z.B. Partei, Gewerkschaft, Betriebsrat, Verband u. v. m. unter dem Titel „Auf ein Glas Wein mit...“
- Organisation von Veranstaltungen oder Durchführung von Aktionen mit **thematischen Schwerpunkten**, die aus Erfahrung insbesondere von Frauen besucht werden (bspw. Bildung oder Klimathemen oder Aktionen wie „Clean your Alster“).

h) Am Ende ihrer Amtszeit muss die Frauenbeauftragte dem Juso-Landesvorstand einen **schriftlichen Ergebnisbericht** vorlegen, in dem sie ihre Aktivitäten und deren Effektivität und Resonanz darlegt und ggf. **Handlungsempfehlungen** für die Arbeit des nächsten Juso-Landesvorstands bzw. der nächsten Frauenbeauftragten ausspricht. Der alte Juso-Landesvorstand ist dafür verantwortlich dem folgenden Juso-Landesvorstand bzw. der folgenden Frauenbeauftragten diesen Ergebnisbericht unaufgefordert zukommen zu lassen. Zudem soll der Bericht und die zugehörigen Erkenntnisse auf der Wahl-LDK den Delegierten vorgestellt werden.

2. Die Jusos Hamburg etablieren spätestens ab dem Jahr 2020 **ein eigenes Mentorinprogramm**, ähnlich dem der AsF, welche diese sehr erfolgreich seit längerer Zeit einmal im Jahr durchführen.

Die folgenden Punkte gilt es hierbei zu berücksichtigen:

- a) Das Mentoringprogramm soll **einmal im Jahr** stattfinden.
- b) Das Mentoringprogramm soll den **Zeitraum eines Monats** umfassen.
- c) Das Mentoringprogramm soll ausreichend **frühzeitig und intensiv beworben werden** (insb. über Social-Media-Kanäle), um möglichst eine hohe Zahl an Teilnehmerinnen zu erreichen.
- d) Der Eindruck eines Konkurrenzprogramms zum bereits bestehenden AsF-Mentoringprogramm ist zu vermeiden. Das Mentoringprogramm der Jusos Hamburg **soll als Zusatzangebot verstanden werden**, welches eine neue, jüngere Zielgruppe erreichen kann. Entsprechend ist dies bei der Ausgestaltung des Programms zu berücksichtigen, sowohl bei der Ansprache als auch bei der Auswahl der Veranstaltungen innerhalb des Programms.

3. Der **Bildungsbeauftragte/die Bildungsbeauftragte** des Juso-Landesvorstands **soll die folgenden Tätigkeiten in seine Arbeit mit aufnehmen:**

Er/sie soll,

- a. einmal im Jahr ein **Seminar nur für Juso-Frauen** zum Thema „**Rhetorik/ Argumentationstraining**“ und/oder, „**Führungspositionen innerhalb der Juso-Strukturen übernehmen**“ organisieren,
- b. für **alle Jusos ein Seminar** organisieren bzw. dieses als Ergänzung in ein passendes Format als Tagesordnungspunkt zu integrieren (z. B. bei der jährlichen Juso-Gruppen- und Juso-Kreis-Vorsitzenden-Konferenz), der sich mit

106
107
108
109
110
111
112
113
114
115
116
117
118
119
120
121
122
123
124
125
126
127
128
129
130
131
132
133
134
135
136
137
138
139
140
141
142
143
144
145
146
147
148
149
150
151
152
153
154
155
156
157
158
159

dem Thema „**Männliche und weibliche Kommunikations- und Machtstrategien**“ beschäftigt. Hierbei sind insbesondere die Juso-Gruppen- und Juso-Kreis-Vorsitzenden angehalten, daran teilzunehmen.

4. Der Landesvorstand wird gebeten, eine **Mitgliederkampagne** zur Gewinnung neuer Mitglieder zu entwickeln, die insbesondere/gezielt Frauen ansprechen soll.
5. Der Juso-Landesvorstand soll unter Einbezug der Juso-Schüler*innen-Hamburg in Kontakt zur SPD-Bürgerschaftsfraktion treten und sich gemeinsam Maßnahmen überlegen und ggf. Unterstützung anbieten, um noch mehr Schülerinnen dafür zu begeistern, das **Girls' day Angebot** der SPD-Bürgerschaftsfraktion in Anspruch zu nehmen.
6. Der **Landesvorstand der Jusos Hamburg** soll in seiner jährlichen Finanzplanung und der Beantragung von Mitteln die **ausreichende Finanzierung der hier genannten Maßnahmen berücksichtigen und sicherstellen** inkl. der Mittel für eine entsprechende Bewerbung der hier genannten Veranstaltungen und Ausfahrten, um möglichst viele potenziell politisch interessierte Frauen zu erreichen.

Begründung:

Wenn man sich die Zusammensetzung mancher Juso-Gruppen anschaut, stellt man leider fest, dass der Frauenanteil erschreckend gering ist. Dies ist nicht überall der Fall, aber das Phänomen, dass es in einigen Kreisen nur sehr wenige aktive Juso-Frauen gibt, ist eher Regel denn Ausnahme. Wir Hamburger Jusos sind uns einig in unserem Interesse, mehr Frauen für die aktive Parteiarbeit zu gewinnen. Diesem Anliegen widmet sich dieser Antrag in einem ersten Aufschlag durch verschiedene Maßnahmen.

Zu Punkt 1) Es werden Pläne und Maßnahmen nur dort effektiv umgesetzt, wo Verantwortlichkeiten und Aufgaben klar verteilt sind. Der Ergebnisbericht am Ende soll dafür sorgen, dass erfolgreiche Maßnahmen auch nach einem Wechsel der Frauenbeauftragten, etwa nach Wahlen, fortgeführt und weniger zielführende Formate und Maßnahmen angepasst oder beendet werden. Selbstverständlich kann nicht erwartet werden, dass alle Maßnahmen bereits nach einem Pilotversuch den gewünschten Effekt haben – es braucht Zeit und Geduld. Wie lange an den einzelnen Maßnahmen festgehalten werden soll, liegt im Ermessen der Frauenbeauftragten und des Landesvorstands.

Zu Punkt 2) Anliegen dieses Antrags ist nicht nur die Formulierung von Maßnahmen, um bereits vorhandene Juso-Frauen stärker für die aktive Parteiarbeit zu gewinnen, sondern ebenfalls mehr Frauen insgesamt für die Arbeit bei den Jusos anzuwerben. Die Etablierung des Juso-eigenen Mentoringprogramms kann ein erster nach außen gerichteter Schritt sein.

Zu Punkt 3) Wenn man Frauen für die aktive Parteiarbeit gewinnen möchte, muss man auch bereit sein, die entsprechenden Werkzeuge dafür bereitzustellen. Zudem ist eine Sensibilisierung aller bezüglich der Unterschiede, die es in der weiblichen und männlichen Kommunikationsweise gibt, wichtig.

Zu Punkt 4) Ziel sollte nicht nur die Aktivierung der bereits bestehenden weiblichen Mitglieder sein, sondern insbesondere die Gewinnung von weiteren Frauen als Juso-Mitglieder.

Zu Punkt 5) Der Anteil von Politikerinnen ist immer noch nicht ausreichend. Es ist daher sinnvoll, bereits relativ frühzeitig das Interesse von jungen Mädchen für Politik zu wecken und



160 SPD-Politikerinnen als Vorbilder zu zeigen. Eine aktive Unterstützung und Beteiligung am Girls'
161 day kann ggf. zu diesem Ziel beitragen.

162

163 **Zu Punkt 6)** Die Organisation von Vernetzungstreffen, frauenpolitischen Ausfahrten oder
164 Seminaren kosten Geld. Bei der Beantragung von Fördermitteln müssen die Kosten für
165 derartige Formate berücksichtigt werden.

166

1 **Inhalte vor Personal!**

2

3

4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat an den SPD Landesvorstand und die
5 SPD Kreisvorstände zum Beschluss weiterzuleiten:

6

7

8 **Beschluss:**

9

10 Bei der Aufstellung der Listen für öffentliche Wahlen soll künftig darauf geachtet werden, erst
11 die inhaltliche und dann die personelle Aufstellung zu besprechen.

12

13 **Erläuterung:**

14

15 Das heißt z.B. bei einer Bürgerschaftswahl, dass erst der Landesparteitag, auf dem das
16 Wahlprogramm beschlossen wird, stattfindet und danach die Landesvertreterversammlung für
17 die Aufstellung der Landesliste. Bei den vorherigen Nominierungsvorgängen für die
18 Landesliste innerhalb der Kreise soll auf den Kreisdelegiertenversammlungen zuerst über
19 Anträge und dann über die Kandidierenden diskutiert und abgestimmt werden.

20

21

22 **Begründung:**

23

24 Wir müssen uns dazu bekennen, dass Inhalte Vorrang vor Personaldebatten haben. Parteien
25 existieren zuallererst, um inhaltliche Positionen zu vertreten und nicht, um Personen in Posten
26 zu heben. Die inhaltliche Debatte und die inhaltlichen Beschlüsse müssen auch bei der
27 Vorbereitung zu öffentlichen Wahlen immer das Hauptgewicht haben. Erst wenn hier die
28 Positionen gefunden wurden, kann auch qualifiziert entschieden werden, welche Personen
29 diese Inhalte am besten vertreten und umsetzen können. Die hier vorgeschlagene Reihenfolge
30 würde einerseits die inhaltliche Debatte anregen und andererseits zu erheblich mehr
31 Authentizität in der Personalwahl führen. Dies beides könnte die politische und mediale
32 Wirkmacht der SPD entscheidend stärken.

33

34 Auch für Kandidierende hätte dies positive Effekte. So könnten sie bereits vor den
35 Aufstellungsprozessen ihre Profile schärfen und sich inhaltlich und argumentativ hervortun. Es
36 würde auch Spontankandidaturen aufgrund persönlicher Animositäten etwas entgegenwirken,
37 da Bewerber*innen auf Posten und Mandate sich bestenfalls schon in der inhaltlichen Debatte
38 eingebracht haben. Bei mehreren Kandidaturen um ein Amt oder einen Listenplatz kann dann
39 auch anhand inhaltlicher Ausrichtungen entschieden werden und die Debatte ad hominem
40 wird bestenfalls verschwinden. Für das innerparteiliche Klima wäre dies sehr wertvoll.

1 **Antragstitel: Einführung einer Jugendquote**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat zur Weiterleitung an den SPD
4 Landesvorstand beschlossen:

5

6 **Forderung:**

7

8 Wir fordern, dass mindestens ein Top5-Platz jeder Liste für eine(n) Juso-Kandidat*in reserviert
9 werden muss. Zusätzlich fordern wir eine Juso-Quote von 25% für Wahllisten und Gremien der
10 SPD.

11

12 **Begründung:**

13

14 Die Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen von heute, sind die Wähler von morgen.
15 Dementsprechend muss die Politik nicht nur für diese Generation gestaltet werden, sondern
16 auch von ihnen.

17 Die Jusos (Jungsozialisten) sind die Jugendorganisation der SPD und ein wichtiger
18 Bestandteil der Sozialdemokratie in Deutschland. Sie verkörpern den Parteienachwuchs und
19 damit die politische Zukunft unserer Partei und unseres Landes. Aus diesem Grund fordern
20 wir, dass sie ihrer Rolle nach angemessen in der SPD vertreten sind.

21 Die vorangegangenen Wahlen haben gezeigt, dass junge Wähler sich nicht von unserem
22 Angebot angesprochen fühlen. Dem müssen wir entgegenwirken. Durch eine institutionelle
23 Integration der Jusos in Gremien und aufgestellten Listen, schaffen wir sowohl nach außen
24 als auch nach innen eine Repräsentanz der jungen Generation.

1 Antrag: CO2-neutralen Bau in Hamburg fördern

2
3 Der Landesparteitag möge zur Berücksichtigung im Wahlprogramm für die Bürgerschaftswahl
4 2020 beschließen:

7 Forderung

8
9 Der Bau und die Nutzung von Gebäuden sollen in Hamburg künftig so weit wie möglich
10 klimaneutral erfolgen. Folgende Schritte sollen deswegen ergriffen werden:

- 11
12 1. Bei der Vergabe von Bauvorhaben in Hamburg soll künftig die Ökobilanz eines
13 Projektes und/oder eines Quartiers über die gesamte Lebensdauer (d.h. von der
14 Herstellung der Baustoffe bis zum Rückbau) eine stärkere Rolle spielen. Die
15 diesbezüglichen Berechnungen und Nachweise müssen bei jedem Projekt erbracht
16 werden.
- 17
18 2. Der Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen wie z.B. Holz soll noch mehr als bisher
19 gefördert werden. Dazu muss im Sinne von 1. bei allen Bauvorhaben zusätzlich zu
20 den reinen Herstellungsemissionen auch die Menge des in den geplanten
21 Baumaterialien gebundenen biogenen Kohlenstoffs berücksichtigt werden. Das
22 bereits bestehende Bonusprogramm, welches den Bau mit Holz in Hamburg fördert,
23 soll auf alle kohlenstoffbindenden und nachwachsenden Materialien erweitert
24 werden. Es soll geprüft werden, ob die Deckelung der bisherigen Förderung
25 aufgehoben und künftig ab einem Gesamtbauanteil von 50% mindestens der
26 Mehrpreis des Holzbaus gegenüber einem Massivbau ausgeglichen werden kann.
27 Um die CO2-Einsparungen nicht durch lange Transportwege wieder nichtig zu
28 machen, sollen vor allem regionale Rohstoffe verwendet werden, nach Möglichkeit
29 mit weniger als 200 km Transportweg und aus zertifiziert nachhaltigem Anbau.
- 30
31 3. Die Stadt Hamburg soll vor allem mit den Bundesländern Schleswig-Holstein,
32 Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Bremen über ein umfangreiches
33 Aufforstungsprogramm verständigen und dieses zeitnah umsetzen. Um
34 wirtschaftlichen und ökologischen Schaden durch Monokulturen und spezialisierte
35 Schädlinge zu begrenzen, muss hierbei auf gute Durchmischung der Wälder
36 geachtet werden.

39 Begründung

40
41 Die SPD hat in Hamburg bundesweit bereits viele fortschrittliche Maßnahmen ergriffen, um
42 nachhaltiges Bauen zu ermöglichen und zu fördern. So ist Hamburg das einzige Bundesland,
43 in welchem Nachhaltigkeitssiegel wie das DGNB- oder das NaWoh-Siegel Auswirkungen auf
44 die Vergabe von Förderleistungen haben. Weiterhin ermöglicht Hamburg seit 2017 als eines
45 der ersten Bundesländer den Einsatz von Holz bei Gebäuden bis zu 22 Meter. Dennoch macht
46 Holzbau in Hamburg nur 4,7 % des gesamten Neubaus aus, während der bundesdeutsche
47 Durchschnitt bei rund 17 % liegt. Dies ist betrüblich, da Holz mehrere positive Eigenschaften
48 gegenüber Massivbaustoffen (Beton, Stahl, Stein, etc.) besitzt, so unter anderem:

- 49 - Speicherung von Kohlenstoff

50 Im Gegensatz zu Massivstoffen ist Holz in der Herstellung und Verarbeitung als Baustoff CO2-
51 neutral, da es anders als Stein oder Stahl bereits durch sein Wachstum Kohlenstoff bindet,

52 welcher für die Gesamtzeit der Nutzung der Atmosphäre entzogen wird. Dieser Kohlenstoff
 53 steht in der Folge nicht mehr für die Oxidierung zur Verfügung, sprich die Emission von
 54 Kohlenstoffdioxid wird bei Gebrauch verringert, während Massivstoffe in der Produktion
 55 signifikante Mengen an CO₂ produzieren. Eine Grafik kann dies veranschaulichen:
 56
 57

58

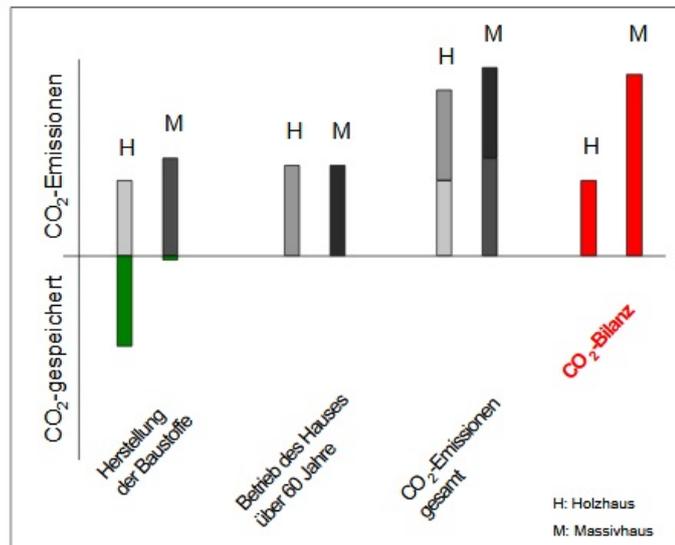


Abb. 1: Holzhäuser als langfristige Kohlenstoffsенke mit positiver CO₂-Bilanz (genereller Vergleich)
 Quelle: Pohlmann, C. M. (2002), S. 237

77 Die kohlenstoffbindende Eigenschaft des Holzes kann hierbei bewusst zur Einhaltung der in
 78 Kyoto und Paris beschlossenen Klimaziele genutzt werden, da Holz im Forst den Kohlenstoff
 79 lediglich zwischen 30 und 120 Jahre speichert, in der Nutzung durch den Menschen jedoch bis
 80 zu mehreren hundert Jahren (z.B. in Holzgebäuden). Dadurch wird weiterhin im Forst neuer
 81 Platz geschaffen für weitere Bäume, die ihrerseits der Atmosphäre weiteren Kohlenstoff
 82 entziehen.

83 - Umfassende Verwertung

84 Holz besitzt die Eigenschaft, dass alle seine Bestandteile vollständig verwertet werden können.
 85 So finden Produktionsreste wie Verschnitte, Hobel- oder Sägespäne ihre Verwendung z.B. als
 86 Spanplatten, Dämmmaterialien, Streumaterial oder Brennstoff. Auch bei Rückbau eines
 87 Holzgebäudes sind diese Nutzungen und damit die Wiedereinbringung in den Rohstoffkreislauf
 88 möglich. Da gerade auf die Baubranche 53 % des deutschen Abfallaufkommens entfallen,
 89 könnte die verstärkte Nutzung von Holz hier eine signifikante Reduktion bewirken.

91 Die Umstellung auf nachwachsende Rohstoffe wie Holz im Gebäudebau ist auch unter
 92 wirtschaftlichen Aspekten vertretbar. So wurde in der Gegenüberstellung errechnet, dass
 93 Holzbauweise gegenüber Mauerwerk je nach Gebäudetyp zwischen 4,1 - 6,0 % teurer ist,
 94 gegenüber Beton nur 1,4 - 3,8 %. Für die Erstellung von Außenwänden bewegt sich die Spanne
 95 bei 11 - 15 % Teuerung gegenüber Mauerwerk und 3 - 4 % gegenüber Beton.

97 Während Massivstoffe meist überall regional verfügbar sind, ist Holz im Stadtgebiet Hamburgs
 98 eher schwieriger zu schlagen und auch im Umland nicht in den erforderlichen Mengen
 99 vorhanden. So wird Schleswig-Holstein nur zu 11 %, Hamburg und Bremen zu 12 %, Mecklenburg-Vorpommern zu 24 % und Niedersachsen zu 25 % von Wald bedeckt, während
 100 der bundesweite Anteil bei 32 % liegt. Eine Aufforstung wäre auch unter dem Gesichtspunkt
 101 der bereits o.g. Kohlenstoffbindung angezeigt. Da die für den Bausektor notwendigen
 102 Nadelbäume in Monokultur sehr anfällig für Schädlinge wie den Borkenkäfer sind, sollten
 103 Mischwälder, jedoch mit wirtschaftlich gut verwertbarem Anteil an Nadelbäumen, das
 104



105 Aufforstungsbild bestimmen. Selbst, wenn die Wälder nicht für das Bauwesen benötigt werden,
106 stellen sie wertvolle ökologische Gebiete dar und absorbieren CO₂ aus der Luft.

1 **Baukosten im Wohnungsbau senken**

2
3 Der Landesparteitag möge zur Berücksichtigung im Wahlprogramm für die
4 Bürgerschaftswahl 2020 beschließen:

5 6 7 **Forderung**

8
9 Der Wohnungsbau ist konsequent entlang des von der Behörde für Stadtentwicklung und
10 Wohnen in Auftrag gegebenen Gutachtens zum Thema Baukosten in Hamburg weiter zu
11 entwickeln. Die dort genannten Einsparpotentiale und Erkenntnisse zu den Kostentreibern
12 sowie dem Leitgedanken Wohnen für 1.800 € pro qm stellen ein umfangreiches
13 Instrumentarium zur Baukosteneinsparung und Steuerung dar. Die Stadt hat darauf
14 hinzuwirken, dass die dortigen Erkenntnisse beim Wohnungsbau von SAGA/GWG,
15 Genossenschaften und privaten Investoren Berücksichtigung finden. Dabei sind insbesondere
16 die folgenden Gesichtspunkte zu berücksichtigen:

17
18 • Modulares, serielles Bauen zur Kosteneinsparung ist ein wichtiger Ansatz um außerhalb
19 des klassischen öffentlich-geförderten Wohnungsbaus auch für Mieterinnen und Mieter mit
20 mittleren Einkommen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Im 8 EUR- Segment sollen p.a. bis
21 zu 1.000 Wohneinheiten durch serielles modulares Bauen errichtet werden.

22
23 • Es soll nach Möglichkeit kein städtisches Land mehr verkauft werden, sondern das
24 Instrument des Erbbaurechts Anwendung finden.

25
26 • Die Umsetzung des Energiestandards Effizienzhaus 55 wird zum Standard für
27 Wohnungsbau in Hamburg erhoben.

28
29 • Im sozialen und bezahlbaren Wohnungsbau ist ein angemessenes Verhältnis von
30 Wohnungsgröße zu Zimmeranzahl anzustreben. Ansprüche an die Wohnungsgröße sind in den
31 vergangenen Jahren gestiegen, so dass oftmals die Wohnfläche etwa in 90 m² Wohnungen
32 lediglich auf zwei Zimmer aufgeteilt ist. Die Wohnungszuschnitte sollten insbesondere im
33 öffentlich-geförderten und sonstigen preisgünstigen Wohnungsbau weg von der Tendenz zu
34 immer größeren Räumen kommen.

35
36 • Eine Wiederholung der Studie zu Baukosten in angemessenen Zeitabständen ist
37 anzustreben.

38 39 40 41 **Begründung**

42
43 Der Senat in Hamburg hat den Handlungsbedarf für einen forcierten Wohnungsbau erkannt und
44 seit 2011 kontinuierlich umgesetzt. Jedoch reichen die Anstrengungen nicht aus, um genügend
45 günstigen Wohnraum zu bezahlbaren Konditionen zu schaffen. In Hamburg haben 42,8 % der
46 Haushalte eine Mietbelastungsquote von mind. 30 % ihres Einkommens.

47 In der Hansestadt besteht ein Mangel an 150.323 Wohnungen zu leistbaren Mieten. (Quelle:
48 Holm, Junker 2019, Studie der Hans Boeckler Stiftung) Grund dafür sind u.a. die gestiegenen
49 Baukosten durch hohe Grundstückspreise. So beträgt der Anteil der Grundstückskosten an den
50 Baukosten mittlerweile 40 %. Darüber hinaus sind gestiegene Bau- und Umweltstandards sowie
51 die gestiegene Nachfrage nach Fachkräften im Bauhandwerk wichtige Kostentreiber. Gemäß

52 dem Gutachten zum Thema Baukosten in Hamburg, sind Einsparungen bei Baukosten
53 insbesondere effizient für:

54

55

56 • die Erstellung von Tiefgaragenplätzen

57 • Keller

58 • Energetische Standards

59 • Verblendfassaden und

60 • Dachbegrünung.

61

62

63 Diese Baumaßnahmen stellen die Top 5 der primären Kostenfaktoren in absoluten Zahlen dar
64 beinhalten aber gleichzeitig konkrete bauliche Einsparpotentiale zu gezielten
65 Kosteneinsparungen bei der Erstellung von Wohnungsneubauten. Damit die vielfältigen,
66 detaillierten Ergebnisse des Gutachtens in der Praxis Berücksichtigung finden, sind
67 entsprechende Vorgaben der Behörden bei der Auftragsvergabe an städtische und private
68 Investoren zur berücksichtigen. Die energetischen Standards haben eine Sonderrolle inne.
69 Aufgrund der vielen Realisierungsvarianten hinsichtlich der Gebäudehülle und Anlagentechnik
70 können auch hohe energetische Standards mit vergleichsweise geringen Mehrkosten erstellt
71 werden. Der Energiestandard 55 ist der Standard, der die größte Wirtschaftlichkeit aufweist,
72 d.h. den größten Energiespareffekt mit vergleichsweise geringen Mehrkosten erbringt.

1 Trendwende bei Sozialwohnungen beschleunigen

2
3 Der Landesparteitag möge zur Berücksichtigung im Wahlprogramm für die
4 Bürgerschaftswahl 2020 beschließen:

5 6 7 **Forderung**

8
9 1. Die Förderung von jährlich mindestens 3.000 Neubauwohnungen im 1. und 2. Förderweg wird
10 über die Dauer des aktuellen bis 2020 laufenden Wohnungsbauprogramms fortgesetzt. Die
11 sozialdemokratischen Senatsmitglieder werden aufgefordert, eine weitere Aufstockung dieser
12 Neubauwohnungen auf bis zu 4.000 Wohneinheiten (davon 500 WA-Bindungen für
13 Wohnungsnotfälle) pro Jahr anzustreben.

14
15 2. Die Sozialbindung bei Neubauten soll in der Regel 30 Jahre betragen. Dies ist im Vertrag für
16 Hamburg festzuschreiben.

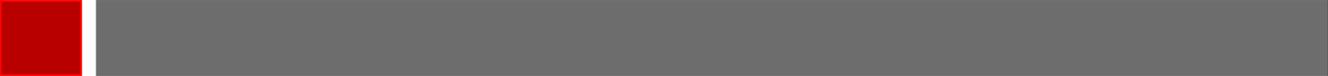
17
18 3. Das Konzept des Drittmixes wird konsequent angewendet. Insbesondere bei kleineren,
19 innerstädtischen Neubauprojekten wird aber angestrebt, den Anteil an öffentlich-geförderten
20 Wohnungen auf bis zu 50% zu erhöhen. Davon sollen 50% im ersten Förderweg vergeben
21 werden.

22
23 4. Bei großen Bauvorhaben, wie z.B. Oberbillwerder, ist hingegen auf eine sozialausgewogene
24 Mischung zu achten. Dies impliziert, hier in der Regel nicht über einen Sozialwohnungsanteil
25 von einem Drittel hinaus zu gehen. Die Entscheidungsspielräume der Bezirksversammlungen
26 im Einzelfall sollen dadurch nicht beeinträchtigt werden.

27
28 5. Der Drittmix soll zukünftig bereits bei Bauvorhaben ab 20 Wohneinheiten, tendenziell bereits
29 sogar schon ab 10 Wohneinheiten, Anwendung finden.

30 31 32 33 **Begründung**

34
35 Hamburg profitiert im Vergleich zu einigen anderen Großstädten davon, dass es
36 vergleichsweise frühzeitig, nämlich bereits zum Regierungswechsel 2011, begonnen hat, den
37 Wohnungsbau massiv anzukurbeln. Die Hamburgerinnen und Hamburger profitieren zudem
38 davon, dass Hamburg - ebenfalls anders als einige andere Großstädte - davon abgesehen hat,
39 seine städtischen Wohnungsbestände bzw. die städtischen Wohnungsunternehmen zu
40 verkaufen. SAGA/GWG mit ihren über 130.000 Wohnungen gehören unverändert der Stadt und
41 bieten ein breites Angebot bezahlbarer Wohnungen. Das gilt außerdem für die ebenfalls gut
42 130.000 Wohnungen der zahlreichen Wohnungsgenossenschaften. Auch der im CDU-
43 Regierungsjahrzehnt weitgehend brachliegende Bau von Sozialwohnungen wurde wieder
44 aufgenommen und zuletzt weiter intensiviert. Zunächst ab 2011 wurden 2.000
45 Sozialwohnungen jährlich gebaut, das aktuelle Wohnungsbauprogramm des Senats sieht nun
46 sogar 3.000 neue Sozialwohnungen pro Jahr vor. Der größte Teil davon im 1. Förderweg (6,50
47 Euro/m² Anfangsmiete), ca. 500 Wohnungen aber auch im 2. Förderweg (8,60 Euro/m²). Neu
48 im aktuellen Wohnungsbauprogramm des Senats ist zudem, dass die Bindungsfrist von 15 auf
49 20 Jahre verlängert wird und dass nach Auslaufen von Sozialbindungen diese um 10 Jahre
50 verlängert werden können. All dies sind große und wichtige Schritte in die richtige Richtung. Sie
51 reichen aber noch nicht aus! So ist die Anzahl preisgebundener Wohnungen in Hamburg seit



52 Beginn des Jahrtausends von 150.000 auf heute ca. 80.000 Sozialwohnungen gesunken. Mit
53 den bereits beschlossenen Maßnahmen kann ein weiteres Absinken voraussichtlich verhindert
54 werden, aber für eine signifikante Erhöhung des Sozialwohnungsbestands reicht dies nicht.
55 Wird der öffentlich-geförderte Wohnungsbau intensiviert, ist darüber hinaus darauf zu achten,
56 dass Fehler aus der Vergangenheit möglichst nicht wiederholt werden. Reine „Sozialwohnungs-
57 Siedlungen“ sind zu vermeiden. Gleichwohl kann es sinnvoll sein, an geeigneter Stelle auch
58 über den Drittmix hinauszugehen. Auf der anderen Seite müssen öffentlich-geförderte
59 Wohnungen verstärkt bei Nachverdichtungen in innerstädtischen Lagen berücksichtigt werden,
60 um auch in den Innenstadt-Quartieren preiswerten Wohnraum anzubieten und auch hier eine
61 soziale Durchmischung zu ermöglichen.

Steuerpflicht an Staatsbürgerschaft koppeln

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD beschlossen:

Forderung:

Die SPD möge in der Bundesregierung darauf hinwirken, dass:

1. die Steuerpflicht deutscher Staatsbürger an die Staatsbürgerschaft gekoppelt wird. Um Doppelbesteuerung zu vermeiden, werden im Ausland zu zahlende Steuern von dem zu zahlenden Beitrag in Deutschland abgezogen.
2. Freibeträge eingeführt werden, damit nur Wohlverdiener, die im Ausland unter geringen Steuersätzen leben, davon betroffen sind.
3. dies auch auf europäischer Ebene durchgesetzt wird.

Begründung:

Die Maßnahme, die Steuerpflicht an die Staatsangehörigkeit zu koppeln, ist eine gute Maßnahme, um Steuerflucht vorzubeugen. Es wird nach dem Vorbild der USA auch dafür gesorgt, dass Durchschnittsverdiener, die nicht die Absicht haben durch ihre Auswanderung Steuerflucht zu begehen, nicht zusätzlich belastet werden.

1 **§53 StPO reformieren – Aussageverweigerungsrecht für alle**
2 **Sozialarbeiter*innen!**

3

4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat zur Weiterleitung an den SPD
5 Bundesparteitag beschlossen:

6

7 **Forderung:**

8 Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert, §53 I Nr. 3b StPO dahingehend zu
9 ändern, dass künftig auch Sozialarbeiter*innen, die für freie Träger arbeiten, ein
10 Zeugnisverweigerungsrecht zusteht.

11

12 **Begründung:**

13 §53 StPO gewährt einer ganzen Reihe von Berufsträger*innen ein
14 Zeugnisverweigerungsrecht. Wichtig ist dieses, um ein Vertrauensverhältnis zwischen
15 jenen, die Hilfe und Beratung in Anspruch nehmen und bestimmten Berufsangehörigen
16 zu ermöglichen. Ein Zeugnisverweigerungsrecht bedeutet, dass umfassend zu der
17 Person des bzw. der Angeklagten und dem angeklagten Sachverhalt keine Angaben
18 gemacht werden müssen. Damit die Rechtspflege aber funktionsfähig bleibt, ist das
19 Zeugnisverweigerungsrecht eng begrenzt auf bestimmte Berufsgruppen wie zum
20 Beispiel Strafverteidiger*innen, Ärzt*innen oder Seelsorger*innen.

21 Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter haben nur dann ein Zeugnisverweigerungsrecht,
22 wenn sie gemäß §53 I Nr. 3b StPO „als Drogenberaterinnen oder Drogenberater, die in
23 einer Beratungsstelle, die eine Behörde oder Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des
24 öffentlichen Rechtes anerkannt oder bei sich eingerichtet hat, arbeiten.“ Diese
25 Beschränkung auf staatliche oder von staatlicher Seite anerkannte Stellen übersieht
26 jedoch, dass freie Träger gleichwertige Arbeit leisten. Nicht wenige Hilfebedürftige
27 wählen gerade aus Furcht vor strafrechtlicher Verfolgung und grundsätzlicher Skepsis
28 einen nichtstaatlichen Träger.

29 Wichtig für die Arbeit der Sozialarbeiter*innen, ob staatlich oder freie Träger, ist das
30 Aufbauen von Vertrauen und die Möglichkeit für die Betroffenen, sich gegenüber den
31 staatlichen oder freien Stellen offenbaren und ehrlich Angaben zu ihrer Situation und
32 den Problemen machen zu können. Die derzeitige Gesetzeslage stellt die freien Träger
33 dabei nicht selten vor ein Dilemma: Sicherheitsbehörden laden sie als Zeugen und
34 drohen teilweise mit Zwangsmitteln. So kann ein monate- oder jahrelang aufgebautes
35 Vertrauen mit dem Moment der Aussage gegen den Klienten zerstört werden. Um dem
36 entgegen zu wirken ist es wichtig, die freien Träger den staatlichen Stellen im Sinne
37 des §53 StPO gleichzustellen und so wirkliche, auf Augenhöhe basierende und ohne
38 Furcht vor Verfolgung stattfindende Zusammenarbeit zu ermöglichen.

1 Erweiterung der Funktion des Melde-Michel

2
3
4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD
5 Landesparteitag beschließen

8 **Forderung:**

9
10 Wir fordern die SPD Hamburg dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass die Funktion des Melde-
11 Michels folgendermaßen erweitert wird:

- 12 1. Zukünftig soll es auch die Möglichkeit geben, Stellen und Orte zu melden, die die
13 Bürgerinnen und Bürger im Sinne ihres subjektiven Sicherheitsempfinden als unsicher
14 und/oder bedrohlich einstufen.
- 15 2. Die Meldung soll an die jeweils zuständigen Ämter und Behörden weitergeleitet werden
16 unter Einhaltung der gleichen Bearbeitungsfrist, die für die anderen Meldefunktionen
17 gilt.
- 18 3. Die Meldungen sollen einmal jährlich dahingehend ausgewertet werden, welche
19 Gemeinsamkeiten zwischen den einzelnen Meldungen vorliegen und welche
20 Konsequenzen sich ggf. hieraus für die zukünftige Ausgestaltung und die Vorgaben bei
21 der Stadtplanung ergeben. Diese Auswertung soll den Ämtern und Behörden
22 entsprechend zugehen und zudem online der Öffentlichkeit zugänglich gemacht
23 werden.
- 24 4. Auf die Funktionserweiterung soll im Rahmen einer entsprechenden Kampagne online
25 und mittels klassischer Werbeträger (z.B. Plakate) aufmerksam gemacht werden, damit
26 möglichst viele Frauen von diesem neuen Angebot Kenntnis erlangen.

29 **Begründung:**

30
31 Über das Angebot des Melde-Michel¹ bietet die Stadt Hamburg ihren Bürgerinnen und Bürgern
32 bisher die Möglichkeit, Schäden an der öffentlichen Infrastruktur ganz einfach online zu melden.
33 Durch dieses einfache und viel genutzte Tool können die Hamburgerinnen und Hamburger,
34 beispielsweise auf tiefe Schlaglöcher hinweisen, die eine Gefährdung für die
35 Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer darstellen. Im Sinne einer
36 geschlechtergerechten Stadtplanung, sollte die Funktion des Melde-Michels erweitert werden.
37 Es ist bekannt, dass insbesondere Frauen enge Durchgänge, schlecht beleuchtete Wege und
38 nicht gut einsehbare Ecken besonders zu später Stunde vermeiden und mitunter längere
39 Umwege auf sich nehmen, auf Aktivitäten verzichten oder teure Taxifahrten bezahlen, um sich
40 keinem Risiko auszusetzen. Im Sinne einer geschlechtergerechten Stadtplanung ist es
41 zielführend, dass diese Orte und Stellen in der Stadt auf einfache Weise durch die
42 Funktionserweiterung des Melde-Michels gemeldet werden können. Die Stadt muss es sich zur
43 Aufgabe machen, diese gemeldeten Stellen und Orte besser zu gestalten und aus den
44 gesammelten Daten Rückschlüsse für zukünftige stadtplanerische Überlegungen zu ziehen.

¹ <https://www.hamburg.de/melde-michel/>

1 **Vernünftige Bezahlung von Rechtsreferendaren sicherstellen**

2

3 Der Landesparteitag möge zur Berücksichtigung im Wahlprogramm für die
4 Bürgerschaftswahl 2020 beschließen:

5

6

7 **Forderung**

8

9 Die SPD-Bürgerschaftsfraktion und der Hamburger Senat setzen sich für eine signifikante
10 Erhöhung der Unterhaltsbeihilfe von Rechtsreferendaren um mindestens 250,00 brutto im
11 Monat ein.

12

13

14 **Begründung**

15

16 Die SPD hat sich in ihrer Geschichte durchweg erfolgreich und glaubwürdig dafür eingesetzt,
17 dass Bildungserfolge auch ohne reiche Eltern möglich sind. Wer sich anstrengt, soll durch
18 Bildung aufsteigen können. Dazu tragen u.a. öffentliche Schulen, Universitäten und BaföG bei.
19 Für Rechtsreferendare in Hamburg wurde dieses sozialdemokratische Bildungsversprechen
20 seit längerer Zeit aufgeweicht: Im nach dem pro Kopf Einkommen reichsten Bundesland
21 Deutschlands, das schon seit langer Zeit von der SPD geführt wird, müssen
22 Rechtsreferendare mit dem geringsten Einkommen über die Runden kommen. Gleichzeitig ist
23 Hamburg das Bundesland mit den höchsten Durchschnittsmieten. Das führt dazu, dass in
24 Hamburg nur sein Referendariat machen kann, wer entweder reiche Eltern hat oder wer neben
25 den schon großen Belastungen durch Examensvorbereitung und Pflichttätigkeiten während der
26 Ausbildung noch einen Nebenjob macht. Eine Mehrzahlung von 250,00 brutto im Monat würde
27 insgesamt bei rund 600 Referendaren in Hamburg zu Mehrausgaben von 1,8 Mio. Euro im Jahr
28 führen. Beim derzeitigen Haushaltsvolumen in Hamburg von über 13 Mrd. Euro im Jahr ist das
29 ohne weiteres verkraftbar.

1 Einführung der ewigen Winterzeit

2

3

4

5

6

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD Bundesparteitag beschließen

Forderung:

Die SPD setzt sich dafür ein, dass im Zuge der von der Europäischen Kommission beschlossenen Abschaffung der Zeitumstellung ab 2021, sich die Bundesregierung für die Einführung der ewigen Winterzeit, in Abstimmung mit den Nachbarländern, einsetzt.

Begründung:

Die EU-Kommission fasste im Frühjahr 2019 nach einer Bevölkerungskonsultation mit über 4 Millionen Teilnehmer*innen den Beschluss, die Zeitumstellung in der Europäischen Union abzuschaffen. Da der Verlauf der Tageszeiten aufgrund der geographischen Ausdehnung des europäischen Kontinents von Lissabon bis Helsinki stark variiert, ist eine generelle Regelung schwierig zu treffen, weshalb die europäische Kommission den Mitgliedsstaaten die Entscheidung überlies, ob eine ewige Winter- oder Sommerzeit eingeführt werden soll. Dabei sind neben dem natürlichen Tagesgang der Sonne auch die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen, etwa im grenzüberschreitenden Verkehr, zu berücksichtigen.

Hierbei ist es für Deutschland sinnvoll, sich in Absprache mit unseren Nachbarländern für die Einführung der ewigen Winterzeit einzusetzen. Die ewige Winterzeit entspricht am ehesten dem natürlichen Tagesgang der Sonne in Mitteleuropa, da die Mitteleuropäische Winterzeit die *Wahre Ortszeit* des 15° Grades östlicher Länge, etwa die geographische Länge von Görlitz, ist, während die Mitteleuropäische Sommerzeit der *Wahren Ortszeit* entlang des Nullmeridians, also der *Wahren Ortszeit* Londons, entspricht. Da alle Orte östlich von Freiburg im Breisgau näher an der geographischen Länge Görlitz als am Nullmeridian liegen, kommt eine Einführung der ewigen Winterzeit dem natürlichen Zustand, dass gegen 12 Uhr der Sonnenhöchststand erreicht wird, am nächsten.

Das Leben in der „falschen“ Zeitzone hat aus Sicht der Schlafforschung gravierende Auswirkungen auf den Wach-Schlaf-Rhythmus und damit auf Wohlbefinden und die menschliche Gesundheit, wie auch gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Folgen. Bei der Einführung der ewigen Sommerzeit würde am 21. Dezember in Flensburg die Sonne erst um 09:44 Uhr aufgehen und Schulkinder über mehrere Monate im Dunkeln auf dem Schulweg unterwegs sein. Darüber hinaus zeigen Erfahrungen aus Russland, wo von 2011 bis 2014 die ewige Sommerzeit herrschte, die dramatischen Folgen: ein Anstieg von Depressionen und Unfällen, einen Rückgang der Aufnahmefähigkeit von Schüler*innen und einen Rückgang des BIPs – selbst eine sinkende Geburtenrate wird mit der ewigen Sommerzeit in Verbindung gebracht.

1 Keine Genehmigungen für Ponykarusselle

2
3

4 Der Landesparteitag möge zur Berücksichtigung im Wahlprogramm für die
5 Bürgerschaftswahl 2020 beschließen:

6
7

8 **Forderung**

9

10 Die SPD-Bürgerschaftsfraktion und der Hamburger Senat wirken auf ein Verbot von
11 Ponykarussellen auf öffentlichen Flächen, insbesondere dem Hamburger DOM, hin. Dafür soll
12 die Dom-Verordnung angepasst werden, sodass die Genehmigungen für entsprechende
13 Schaustellerbetriebe entzogen bzw. nicht erteilt werden.

14
15

16 **Begründung**

17

18 Die Präsentation von Wildtieren zum Vergnügen ist in einer modernen und umweltbewussten
19 Metropole wie Hamburg nicht mehr zeitgemäß. Zahlreiche Demonstrationen, Protestaktionen,
20 Bürgerinitiativen und Petitionen zeigen, dass Tierschutz im 21. Jahrhundert nicht mehr nur ein
21 Thema von Einzelnen, sondern von gesamtgesellschaftlichem Interesse ist. Ponykarusselle
22 fügen den Tieren ohne notwendigen Grund körperliche und psychische Schäden zu. Das lange
23 Stehen ohne Pause zieht besonders die Wirbelsäule der Pferde in Mitleidenschaft und
24 verursacht chronische Haltungsschäden. Die Menschenmassen und der Lärmpegel auf dem
25 Dom sorgen zusammen mit dem langem im Kreis drehen für psychische Erkrankungen der
26 Tiere. Gleichzeitig vermitteln Ponykarusselle Kindern ein falsches Bild vom Umgang mit Tieren.
27 So lernen die Kinder, anders als zum Beispiel auf echten Reitpferden, weder das Reiten noch
28 den richtigen Umgang mit Tieren.

29

30 Die SPD hat sich im letzten Jahr bereits gegen Zirkustierhaltung ausgesprochen und in
31 mehreren Städten und Gemeinden sind Ponykarusselle bereits verboten bzw. dort werden
32 keine öffentlichen Flächen mehr an die entsprechenden Schaustellerbetriebe vergeben. Es ist
33 an der Zeit, dass auch Hamburg Verantwortung für einen zeitgemäßen Tierschutz übernimmt
34 und Flächen nicht mehr an diese entsprechenden Schausteller*Innen zu vergeben.

1 Digitale Polizei

2
3
4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den
5 Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

8 **Forderung:**

9
10 Wir fordern die SPD-Bürgerschaftsfraktion und die Mitglieder der SPD im Senat auf, darauf
11 hinzuwirken, dass der Entwurf des Dritten Gesetzes über die Änderung polizeirechtlicher
12 Vorschriften in der aktuellsten Fassung wie folgt geändert wird:

- 13
14 A. § 1. Automatisierte Datenanalyse soll konkretisiert werden zur „automatisierte
15 Auslese und (Ergebnis-)Darstellung verschiedener Datenbanken bezüglich
16 personenbezogener Daten.“
- 17 2. Der Wortlaut der Eingriffsschwelle „Sachen von bedeutendem Wert, deren Erhalt
18 im öffentlichen Interesse geboten ist“ ist durch den „kritische Infrastrukturen“ zu
19 ersetzen.
- 20
21 B. § 35 III 4 ist zu ersetzen durch „Die Erforderlichkeit der Speicherung ist bei jedem
22 Eintrag, sowie spätestens nach dem Ablauf von drei Jahren erneut zu prüfen.“
- 23
24 C. Der Regelungsgehalt der §§ 72 ff. ist dahingehend anzupassen, dass dem
25 HmbBfDI nicht ausschließlich das Recht zur Beanstandung von Verstößen gegen
26 das Gesetz und der Beschreitung des Rechtsweges eingeräumt wird, sondern er
27 seine bestehende Anordnungsbefugnis im Bezug auf Verstöße gegen
28 Datenschutz- und Informationsrechtliche Bestimmungen behält.

29 30 **Begründung:**

31 32 A. Konkretisierung des Anwendungsbereiches und der Eingriffsschwelle

33 Zweck der Norm soll sein, die Durchsuchung und Darstellung von Zusammenhängen und
34 Datensätzen aus verschiedenen Datenbanken zu ermöglichen. Die Ermächtigungsgrundlage
35 des § 49 I erfasst durch ihren unklaren Wortlaut jedoch auch über diese Anwendung
36 hinausgehende Sachverhalte. Der Begriff der automatisierten Datenanalyse ist daher dem
37 Zweck der Norm anzupassen.

38 Die Eingriffsschwelle „Sachen von bedeutendem Wert, deren Erhalt im öffentlichen Interesse
39 geboten ist“ wird der Tragweite der Norm nicht gerecht. Sachen von bedeutendem Wert wird
40 zum Teil weit ausgelegt. Durch den Straftatbestand der Sachbeschädigung wird deutlich, dass
41 auch der Erhalt von Privatsachen im öffentlichen Interesse geboten ist. Damit der Schutz von
42 beliebigem Privateigentum nicht als Eingriffshürde genügt, ist der Begriff durch den der
43 kritischen Infrastruktur zu ersetzen.

44 45 B. § 35 III: Speicherdauer

46 § 35 regelt die Dauer der Speicherfristen für personenbezogene Daten. In § 35 III wird dabei
47 eine „Mitziehregelung“ geschaffen: Die Speicherfrist für sämtliche personenbezogenen Daten
48 endet mit Ablauf der Frist, die als letztes endet. Unabhängig voneinander erhobene Daten
49 können demnach u.U. für wesentlich länger als die in Abs. 1 und 2 festgesetzten Fristen

50 gespeichert werden. Dies ist insbesondere dann problematisch, wenn durch diese Regelung
51 für die strafrechtliche Gefahrenabwehr unerhebliche Daten etwa bzgl. zuvor begangener
52 "Bagatelldelikte" unverhältnismäßig lange gespeichert werden. Entsprechende Häufungen von
53 Einträgen können leicht zu einer Stigmatisierung der Betroffenen führen - aus ebendiesem
54 Grund gilt für derlei Delikte eine verkürzte Speicherfrist. Grundsätzlich ist das Ansinnen,
55 vorhandene Daten über kriminelle Aktivitäten Einzelner zu speichern, soweit diese im
56 Zusammenhang mit anderen bereits gespeicherten oder neu erhobenen Daten stehen und sich
57 durch die Zusammenhänge relevante Erkenntnisse ergeben, verständlich. Hier bedarf es daher
58 einer Erforderlichkeitsprüfung bei jeder Verlängerung der Speicherfrist."

59

60 C. §§ 72ff.: Erhalt und Ausbau der Befugnisse des HmbBfDI

61 Auch die Beschneidung der Befugnisse des Hamburger Beauftragten für Datenschutz in den
62 §§ 72 ff. halten wir für bedenklich: Der HmbBfDI hat die Einhaltung Datenschutz-
63 und Informationsrechtlicher Standards durch die Hamburger Verwaltung zu überwachen. Das
64 Inkrafttreten der umfangreichen DSGVO und der JI-Richtlinie sowie die rasante Entwicklung
65 von Technologien zur Erhebung und Analyse personenbezogener Daten macht diese Aufgabe
66 zentral zur Wahrung der Bürgerrechte in Hamburg. Deshalb sollte das Vertrauen in die
67 Rechtmäßigkeit des Handelns des HmbBfDI die Regel darstellen, das Gesetz muss dieses
68 Vertrauen widerspiegeln. Bei einem Dissens zwischen dem HmbBfDI und der Polizei muss
69 zunächst die datenschutzrechtliche Expertise des HmbBfDI verfahrensbestimmend sein.

70

71

72

1 Antragstitel: Antrag zur Kennzeichnung von „Bots“

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat zur Weiterleitung und seinerseitigen
4 Befassung mit dem Thema folgenden Forderung zu prüfen und einen Beschluss zu fassen:

5

6 Forderung:

7

8 Wir fordern, dass ab sofort in ganz Deutschland und in allen EU-Staaten sämtliche »Bots« als
9 jene zu kennzeichnen sind. Ein Verstoß jenes Gesetzes soll strafrechtlich verfolgt werden.

10

11 Begründung:

12

13 Seit der Entstehung digitaler Netzwerke zur öffentlichen Kommunikation gibt es Menschen, die
14 jenes Medium nutzen, um demokratiefeindliches Gedankengut und nationalsozialistische
15 Propaganda zu verbreiten. Später entwickelten Amateurprogrammierer automatisierte
16 Programme, die als echte Menschen getarnt in sozialen Netzwerken und in Chats Verbraucher
17 dahingehend beeinflussten, eben genannten Programmierer finanziell zu bereichern. Sowohl
18 das eine als auch das andere sind in nahezu allen Teilen der Welt Straftaten, die in den meisten
19 Fällen mit einer Haftstrafe geahndet werden. Heute gibt es ein Konzept, das beide Phänomene
20 in sich vereint: Die Nutzung von Bots zur Verbreitung von Fake News und
21 nationalsozialistischen Gedankenguts, Aufruf zur Volksverhetzung und Unterstützung
22 populistischer Propaganda. In vielen Fällen können Nutzer auf Grund der knappen Beiträge
23 nicht zwischen K.I. (künstliche Intelligenz) und realem Menschen unterscheiden. Das trägt dazu
24 bei, dass leichtgläubige Menschen und Kinder besonders anfällig für jene ungefilterten,
25 demokratiefeindlichen Inhalte sind.

26 Ende Mai 2018 entschied sich der Senat Kaliforniens (USA) mehrstimmig für einen
27 Gesetzesentwurf (SB 1001) zur sichtbaren Identifizierung von Bots. Infolgedessen trat das
28 Gesetz in Kraft, dass jeden Bürger der Vereinigten Staaten unter Strafe stellen würde, der
29 vorsätzlich Menschen einer K.I. aussetzt, die nicht eindeutig als jene zu identifizieren ist. Selbst
30 in Videochats (digitale Konversation mit Echtzeit-Bildübertragung) müssen sich Bots, die
31 Aufzeichnungen von echten Menschen zur Täuschung nutzen, zu erkennen geben. Damit
32 werden nicht nur erwachsene Verbraucher geschützt, sondern auch Kinder und kognitiv
33 beeinträchtigte Menschen. Wir empfehlen daher, ein Gesetz zu erarbeiten und zu
34 verabschieden, das auch in Deutschland und in allen EU-Mitgliedsstaaten die Bürger vor Betrug
35 und Verhetzung im Internet schützt.

1 Einführung eines Studium Generale

2
3
4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zum Beschluss und zur
5 Berücksichtigung im Wahlprogramm für die Bürgerschaftswahl an den SPD Landesparteitag
6 weiterleiten:

9 **Forderung:**

10
11 Die Bürgerschaftsfraktion der SPD möge sich dafür einsetzen, dass der rechtliche Rahmen
12 geschaffen wird, der die Einführung eines Studium Generale an den Hamburger Hochschulen
13 ermöglicht. Dieses soll Studierenden die Möglichkeit geben auf freiwilliger Basis, vor ihrem
14 Fachstudium zwei Semester frei an der Hochschule zu studieren und fachübergreifend
15 Vorlesungen und Seminare zu besuchen.

16 Es soll weiterhin sichergestellt werden, dass dieses Angebot vom BAföG abgedeckt wird und
17 die Dauer des BAföG-Anspruchs während des Fachstudiums nicht einschränkt.

20 **Begründung:**

21
22 Ein Studium Generale, welches den Studierenden vor ihrem eigentlichen Fachstudium die
23 Möglichkeit gibt, universitätsweit Kurse zu belegen, hat mehrere positive Aspekte.

24
25 Viele Menschen beenden die Schule, ohne dass sie schon wissen, was sie eigentlich
26 studieren wollen. Dies führt nicht selten dazu, dass sie erstmal irgendetwas anfangen, was
27 interessant klingt, später jedoch feststellen, dass sie sich etwas eigentlich anderes vorgestellt
28 hatten. Ebenfalls kann vorkommen, dass sie mit dem universitären Ausmaß ihres Fachs über-
29 oder unterschätzt haben und dann unter- oder überfordert sind. Beides führt in den meisten
30 Fällen dazu, dass sie ihr Studium abbrechen oder das Fach wechseln, weil sie im Rahmen
31 ihres freien Wahlbereichs in anderen Instituten Kurse belegt haben und festgestellt haben,
32 dass dies eher ihren Lernzielen entspricht. Hier geht wertvolle Lebenszeit verloren. Gerade
33 auch wenn Studierende vom BAföG abhängig sind und sie die schwere Entscheidung zu
34 wechseln erst spät treffen, kann dies das Erlangen eines Hochschulabschlusses gefährden.

35
36 Ein Studium Generale schafft hier Abhilfe. Die Studierenden können alle ihre Interessen über
37 zwei Semester nach eigener Schwerpunktlegung verfolgen und sich am Ende qualifiziert für
38 die Spezialisierung in einem Fachstudium entscheiden. Sie sind dann mit den Anforderungen
39 des Faches schon vertraut und wissen, welche Themen auf sie zukommen. Wenn sie die
40 Entscheidung schon während des Studium Generale getroffen haben und vermehrt Kurse im
41 Fach belegt haben, können sie diese anrechnen und haben so auch Zeit gespart. Die
42 Abbrecherquote wird aller Wahrscheinlichkeit nach sinken.

43
44 Ein weiterer positiver Aspekt ist die Entzerrung des Studiums, da zwei Semester Zeit besteht,
45 sich an das Hochschulleben zu gewöhnen, das eigene Wissen in mehrere Richtungen zu
46 erweitern und soziale Kontakte (für viele: in der neuen Stadt) aufzubauen. Ein Studium
47 Generale kann in diesem Sinne nicht rein ökonomischen Verwertungslogiken untergeordnet
48 werden und entspricht so viel mehr dem in der Hochschule eigentlich angestrebten
49 Humboldt'schen Bildungsideal. Die Studierenden können so auch schon vor Beginn ihres
50 Studiums lernen, fachübergreifende Zusammenhänge zu erkennen und zu verbinden.



52 Zu guter Letzt trifft die Idee des Studium Generale in Hamburg auf besonders fruchtbaren
53 Boden, da auch der Präsident der UHH, Prof. Dr. Dieter Lenzen, sich in einigen seiner
54 erziehungswissenschaftlichen Schriften bereits für ein Studium Generale ausgesprochen hat.
55 Diesen Studiengang unter der hier vorhandenen Expertise einzurichten, würde Hamburgs
56 herausragende, man möchte sagen: exzellente Stellung in der deutschen
57 Hochschullandschaft weiterentwickeln und festigen.

1 **Antragstitel: Antrag zum absoluten Verbot von Bisphenol A**

2
3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD-
4 Landesparteitag beschließen:

5 6 **Forderung:**

7
8 Wir fordern, dass in keinem Produkt auf dem deutschen (und europäischen) Markt die Substanz
9 Bisphenol A enthalten sein darf. Der prozentuale Anteil von Bisphenol A muss in Lebensmitteln,
10 Verpackungen und Beschichtungen 0 % betragen und darf in keinem Fall jenen Richtwert
11 überschreiten. Dieser Gesetzesentwurf soll am 01.01.2021 in Kraft treten. Damit ergibt sich eine
12 angemessene Zeit zur Verdrängung sämtlicher gefährdeter Produkte und zur Umrüstung
13 sämtlicher Unternehmen, die davon betroffen sind. Verstöße stehen mit in Krafttreten jenes
14 Gesetzes rechtlich unter Strafe.

15 16 **Begründung:**

17
18 Aus der chemischen Verbindung Bisphenol A (BPA) wird der Kunststoff Polycarbonat
19 hergestellt, der seit den 1950er Jahren unter anderem für Behälter (Flaschen, Tüten etc.) von
20 Lebensmittel und Getränke verwendet sowie zur Herstellung von Innenbeschichtungen von
21 Getränke- und Konservendosen eingesetzt wird. Thermopapiere, die unter anderem als
22 Kassenbons, Fahrkarten und Parktickets Verwendung finden, enthalten Bisphenol A. Im
23 Dezember 2015 hat die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) einem Vorschlag
24 zugestimmt, die Verwendung von Bisphenol A in Thermopapieren zukünftig zu beschränken.
25 Diesem Vorschlag hat die EU-Kommission im Juli 2016 zugestimmt, ab Januar 2020 ist die
26 Verwendung von Bisphenol A in Konzentrationen von mehr als 0,02 % in Thermopapier
27 verboten. Bisphenol A wurde im Juni 2016 als reproduktionstoxisch (Kategorie 1B nach der
28 CLP-Verordnung) eingestuft und anschließend im Januar 2017 aufgrund dieser Einstufung als
29 besonders besorgniserregende Substanz (SVHC) nach der REACH-Verordnung identifiziert.
30 Im Juni 2017 erfolgte für den Stoff eine erneute SVHC-Identifizierung aufgrund seiner
31 Eigenschaften als sogenannter »Endokriner Disruptor« für die menschliche Gesundheit. Als
32 endokrine Disruptoren werden hormonell schädigende Stoffe bezeichnet.

33 Am 15.01.2018 aktualisierte ECHA den Eintrag für Bisphenol A und identifizierte die chemische
34 Verbindung zusätzlich als besonders besorgniserregend wegen seiner schädlichen Wirkungen
35 auf das Hormonsystem von Menschen und Umweltorganismen. Aktuell steht Bisphenol A auch
36 unter dem Verdacht, der Auslöser für Molaren-Inzisiven-Hypomineralisation (MIH) – auch als
37 Kreidezahn-Syndrom bekannt – zu sein. MIH ist eine immer häufiger auftretende Erkrankung,
38 die schon im Kindesalter zum porösen Zerfall der Zähne führt und nicht nur Milchzähne, sondern
39 auch das bleibende adulte Gebiss befällt. Da mit dem wachsenden Gebrauch von Bisphenol A
40 in der Industrie auch das Vorkommen von MIH bei unter 12 Jahre alten Kinder in Deutschland
41 auf bis zu 29 % gestiegen ist, testeten Wissenschaftler die toxische Substanz an Ratten und
42 stellten fest, dass die Zähne jener Testsubjekte porös wurden, zerbrachen und/oder ausfielen.
43 Aufgrund dessen entschied schon 2015 die französische Regierung, die gesundheitsschädliche
44 Substanz Bisphenol A per Gesetz in ganz Frankreich zu verbieten. Ganz Europa – und allem
45 voran Deutschland – sollten sich ein Beispiel an unseren gesundheitsbewussten Nachbarn
46 nehmen und den billig zu produzierenden Weichmacher gänzlich aus dem freien Markt
47 verbannen.

1 **Krankenhäuser in städtischen Besitz nehmen – Neubauten von**
2 **Krankenhäusern städtisch umsetzen**

3
4
5 **Forderung:**

6
7 Der Senat wird aufgefordert einen konkreten Plan zu entwickeln, wie die ehemaligen
8 städtischen Krankenhäuser von der Stadt Hamburg zurückgekauft werden können.

9
10 Insbesondere müssen die Planungen von Krankenhaus-Neubauten wie der geplante
11 Neubaus des AK Altona unter Federführung von Asklepios in ihrer jetzigen Form auf
12 den Prüfstand. Es ist ein Plan zu entwickeln, wie derartige Neubauten aus städtischer
13 Hand realisiert werden kann.

14
15 **Begründung:**

16
17 Die Gesundheit der Bevölkerung ist eine Kernaufgabe des Staates. Die
18 flächendeckende Gesundheitsversorgung in qualitativ hochwertigen und gut
19 ausgestatteten Krankenhäusern sollte als Teil einer starken öffentlichen
20 Daseinsvorsorge daher vom Staat wahrgenommen werden.

21
22 Für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses Altona beispielsweise sollen hohe
23 Millionenbeträge an Steuermitteln aufgewendet werden. Es ist nicht nachvollziehbar,
24 warum dieser danach einem gewinnorientierten Unternehmen
25 wie Asklepios übertragen werden soll.

26
27 Asklepios hat einen zunehmend schlechten Ruf und war in den vergangenen Jahren
28 immer wieder aufgrund von Mitarbeiterbeschwerden über sich verschlechternde
29 Arbeitsbedingungen, schlechte Bezahlung, hoher Fluktuation an Mitarbeitern in den
30 Schlagzeilen.

31
32 Als Gewinnziel des Konzerns wurden 12 % des Umsatzes jährlich angegeben, und es
33 ist nicht ersichtlich, warum aus Steuergeld mit einem Neubau zum Erreichen dieses
34 Ziels beigetragen werden soll.

35
36 Vor diesem Hintergrund erscheint die Uniklinik Eppendorf als städtischer Partner als
37 der deutlich geeignetere Partner Neubauten und die qualitativ hochwertige
38 Versorgung von Patientinnen und Patienten zu gewährleisten.

39

1 Für die Förderung von Car- und Ridesharing

2

3 Der Landesparteitag möge zur Berücksichtigung im Wahlprogramm für die Bürgerschaftswahl
4 2020 beschließen:

5

6

7

Forderung

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

Begründung

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

Wir wollen einen Anreiz zur ökologischen Nutzung von Autos durch Ridesharing setzen: Die HVV App oder eine ähnliche App soll es im Sinne einer Mobilitätsplattform ermöglichen, dass man auch Angebote für Mitfahrgelegenheiten im Bereich des HVVs einstellen kann. Personen, die mit der App ihre Wege planen, können dann direkt einen Mitfahrerplatz buchen, wodurch auch stauträchtiger Einpersonenverkehr vermieden wird.

Wir begrüßen die Schaffung von mehr Carsharing und Ridesharing Plattformen als Chance für ökologischeren Autoverkehr. Wer öffentliches Verkehrsmittel sein will, muss allerdings auch die ganze Öffentlichkeit bedienen. Wir fordern, dass sich die SPD Hamburg dafür einsetzt, dass Carsharing Angebote wie Car2Go/ShareNow, Moia und Clevershuttle ihr Geschäftsgebiet nach einer Einstiegsphase verpflichtend auf das gesamte Stadtgebiet ausweiten.

Juicer – Unicorns – Hunter – Range: Arbeitnehmerrechte stärken bei E-Scootern!

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD beschließen

Forderung:

Die Bundestagsabgeordneten der SPD sollen sich für die folgenden Punkte einsetzen:

1. Die Überprüfung der Arbeitnehmereigenschaft im Sinne des § 611a Abs. 1 BGB der einzelnen Beschäftigten und falls diese vorliegt, die konsequente Durchsetzung der Arbeitnehmerschutzvorschriften. Dieser Schattenarbeitsmarkt, der der Ausbeutung Tür und Tor öffnet, muss unterbunden werden.
2. Die Überprüfung und Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen der Mitarbeiter von E-Scooter-Anbietern, insbesondere die Bereitstellung der Arbeitsmittel vom Arbeitgeber (Transportmittel, Strom, Abstellplatz usw.) und die Einführung von Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschlägen für die Beschäftigten.

Begründung:

Die Akkus der E-Roller müssen naturgemäß aufgeladen werden. Schillernden Jobbezeichnungen – wie Juicer, Unicorns, Hunter, Range – klingen dabei vielversprechend. Hinter den Bezeichnungen versteckt sich oftmals ein ganzes Bündel prekärer Arbeitsbedingungen in Form schlecht bezahlter Mikrojobs. Pro eingesammeltem, aufgeladenem und wieder aufgestelltem Elektro-Roller verdienen die Mitarbeiter maximal fünf Euro - eine Arbeit ohne soziale Absicherung und einem Verdienst unterhalb des Mindestlohns. Dabei sind die Menschen, die leer gefahrenen E-Scooter über Nacht einsammeln und aufladen formal selbstständig, sie müssen ein Kleingewerbe anmelden. Mit dieser Methode werden Arbeitnehmerrechte wie der Mindestlohn umgangen. Zudem muss der gesamte Ladeprozess mit eigenen Mitteln finanziert werden. Dazu zählen ein eigenes Fahrzeug plus Benzin, das Smartphone sowie ein eigener Abstellraum mit Strom zum Aufladen. Diese Arbeitsbedingungen müssen verbessert und die Anbieter von E-Scooter in die Verantwortung aufgenommen werden.

Die beschriebenen Arbeitsbedingungen bei dem Anbieten von E-Scootern sind kein Einzelfall im sich ausweitenden Bereich der digitalen Plattformarbeit. Es müssen Mechanismen gefunden werden, um der Entstehung eines digitalen Prekariats zu begegnen. Aus diesem Grund soll geprüft werden, inwieweit Arbeits- und Sozialrecht an digitale Formen der Arbeit angepasst werden soll. Denkbar wäre:

- Bereitstellung der Arbeitsmittel vom Arbeitgeber (Fahrzeug, Strom, Abstellplatz etc.)
- Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschläge für die Beschäftigten
- Soloselbstständige im Bereich der Plattformökonomien besser für das Alter absichern
- Den Arbeitnehmerbegriff insgesamt besser abgrenzen und den Arbeitgeber in die Pflicht nehmen. Über eine umgekehrte Nachweispflicht sollte dieser belegen, ob es sich um Arbeitnehmer oder Selbständige handelt

Die Digitalisierung des Wirtschafts- und Arbeitslebens führt zu einer Veränderung von Beschäftigungsformen (Soloselbstständigkeit, Werkvertragsarbeit, Leiharbeit, Crowdfunding,



51 Clickworking). Die Anpassung des Arbeitsrechts auf diese Herausforderungen ist zwingend
52 erforderlich, damit aus digitaler Arbeit sozial gerechte digitale Arbeit wird.

1 **E-Scooter umweltfreundlicher und sicherer machen!**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an die
4 Hamburgischen Abgeordneten im Deutschen Bundestag beschließen:

5

6

7 **Forderung:**

8

9 Die Bundestagsabgeordneten der SPD sollen sich für die folgenden Punkt einsetzen:

10

11 Den Anbietern von sogenannten E-Scootern soll in Zukunft aufgegeben werden, die E-Scooter
12 so konstruieren zu lassen, dass sie auch langfristig halten und nicht nach 30 Tagen entsorgt
13 werden müssen.

14

15 **Begründung:**

16

17 E-Scooter bergen eine große Chance, die Emissionen im Verkehr zu senken und unser aller
18 Mobilität damit umweltverträglicher zu machen. Gleichzeitig gibt es auch noch viele
19 Schwierigkeiten mit dieser jungen Technologie, die geregelt werden müssen, damit die E-
20 Scooter tatsächlich als wertvolle und umweltfreundliche Ergänzung zu den bereits bestehenden
21 Mobilitätsangeboten fungieren können. Nur kurz haltende (mitunter umweltschädlich
22 produzierte) Akkus und lange Fahrten mit herkömmlichen Autos, um leergefahrene E-Scooter
23 am Ende des Tages wieder einzusammeln untergraben deren Umweltfreundlichkeit und treiben
24 den CO2 Ausstoß wieder in die Höhe. Diese Praktiken müssen beendet werden, wenn der E-
25 Scooter umweltfreundlich sein soll.

1 Bepflanzte Bushaltestellen für bessere Luft

2

3

4

5

6

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat zur Weiterleitung an den SPD Landesparteitag beschlossen:

Forderung:

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert, sich für die flächendeckende Begrünung von Hamburger Bushaltestellen nach dem Utrechter Beispiel einzusetzen, um das städtische Mikroklima zu verbessern und Artenvielfalt zu fördern.

Darüber hinaus wird die SPD-Bürgerschaftsfraktion aufgefordert, dass bei der Umsetzung dieses Vorhaben Setzkästen mit pflegeleichten Pflanzen verwendet werden, die einfach in modularerweise zusammengefügt werden können.

Zudem setzt die SPD Hamburg sich künftig für eine umfangreiche ökologische Nutzung von öffentlichen Parkflächen ein.

Hierfür sollen insbesondere die Gebäude der öffentlichen Hand daraufhin überprüft werden, ob und inwieweit öffentliche ökologische Angebote für Nachbarschaften geschaffen werden können. Insbesondere soll in einem Pilotprogramm Urbang-Gardening auf Schulen erprobt werden.

Begründung:

Die hohe Konzentration von Treibhausgasemissionen in Städten durch Industrie, Verkehr, etc. schadet allen dort ansässigen Lebewesen. Nicht nur Menschen leiden unter der schlechten Luft, auch Pflanzen und Tiere.

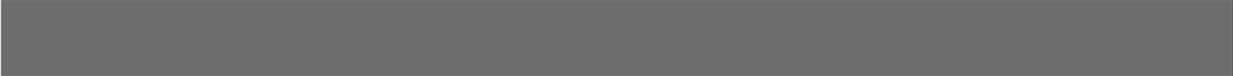
Dem wirken die auf den Fahrgastunterständen angelegten Pflanzen durch die Aufnahme von Kohlenstoffdioxid und Abgabe von Sauerstoff entgegen.

Die Bepflanzung von Fahrgastunterstände hat außerdem einen positiven Effekt auf die Artenvielfalt, da die Pflanzen von Bienen und anderen Insekten als Lebensraum und Nahrungsquelle genutzt werden können.

Zur Bepflanzung könnten beispielsweise Sedumarten genutzt werden, wie es in Utrecht bereits der Fall ist. Diese auch Mauerpfeffer genannten Dickblattgewächse dienen durch ihre während der Sommermonate blühenden gelben Blüten der Verschönerung des Stadtbildes, sie sind auch gute CO2 Speicher.

Die Instandhaltung wird von der Stadt übernommen. Da Sedumpflanzen jedoch hervorragende Wasserspeicher sind und außerdem unempfindlich auf Extremtemperaturen reagieren, sind Pflegeaufwand und die Instandhaltungskosten verhältnismäßig gering.

Um die Kosten der Dachbegrünung dauerhaft zu senken soll dieses Vorhaben zum Anlass genommen werden, die Dachbegrünung zu standardisieren. Bis jetzt wird jedes Vorhaben in



52 einem Modellprojekt umgesetzt. Das heißt, es wird ein Ingenieurbüro mit der Planung
53 beauftragt, die Planung wird anschließend geprüft und dann wird ein entsprechendes
54 Unternehmen mit der Umsetzung der Planung beauftragt. Dieses Vorgehen ist kosten- und
55 zeitintensiv und verhindert eine großflächige Dachbegrünung. Die Industrie begegnet diesem
56 Problem immer mit der gleichen und richtigen Lösung: Standardisierung! Dies muss auch hier
57 geschehen. Deshalb schlagen wir vor eine öffentliche Ausschreibung für die Entwicklung und
58 Fertigung von Setzkästchen mit den oben genannten Pflanzen zu starten, die immer in der
59 gleichen Größe und Gewichtsklasse gefertigt und geliefert werden können. Diese Module
60 können nachher industriell gefertigt und unabhängig von der Dachgröße bestellt werden, ohne
61 dass eine Planung notwendig ist. Bei bekannter Belastungsgrenze der Bushaltestellen ist somit
62 eine kostengünstige und schnelle Verbesserung des Stadtklimas machbar!

1 Schaffung von Rahmenbedingungen zur Herstellung und 2 zum Vertrieb von synthetisch hergestelltem Fleisch

3
4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD-
5 Landesparteitag beschließen:

6 7 **Forderung:**

8
9 Wir fordern, dass die Herstellung und der Vertrieb synthetischen Fleisches – auch als In-vitro-
10 Fleisch bekannt – in Deutschland erlaubt und klar geregelt wird.

11
12 Synthetisch hergestelltes Fleisch muss dabei klar gekennzeichnet werden und die gleichen
13 hygienischen Standards wie herkömmliche Fleischprodukte erfüllen.

14 Zur Kennzeichnung soll eine eindeutige, gesetzlich vorgeschriebene Bezeichnung (Z. B. das
15 Akronym SyMe Synthetic Meat = deutsch »Synthetisches Fleisch«) dienen und auf
16 Verpackungen sowie Lieferscheinen und sonstigen Nachweisen des In-vitro-Fleisches sichtbar
17 abgedruckt werden.

18 Ebenso muss – wie bei jedem anderen Fleischprodukt auch – der Ursprungsort (Labor) und
19 Chargennummer vermerkt werden.

20 21 **Begründung:**

22
23 Der Fleischkonsum der Menschen in Deutschland ist immens. Die Produktion dieses
24 herkömmlichen Fleisches hat erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt (CO₂-/Methanausstoß,
25 Wasserreserven, Urwaldabholzung zur Gewinnung von Weide- und Ackerflächen zur
26 Ernährung der Tiere, Überfischung). Zusätzlich ist die Fleischproduktion – besonders im
27 industriellen Maßstab – mit Tierquälerei und nicht tiergerechter Haltung verbunden.
28 Tierseuchen, die immer wieder zu Massenschlachtungen geführt haben, gehören mit In-vitro-
29 Fleisch ebenfalls der Vergangenheit an.

30 Im Bezug auf die Gesundheit der Bevölkerung kann synthetisches Fleisch durch die bessere
31 Beeinflussbarkeit der gewünschten und unerwünschten Inhaltsstoffe (wie z. B. ungesunde
32 Fette, Medikamentenrückstände oder Gifte) ebenfalls Vorteile bringen.

33
34 In-vitro-Fleisch kann helfen, die negativen Auswirkungen des herkömmlichen Fleisches zu
35 bekämpfen. Deutschland sollte auf diesem Gebiet deshalb eine Vorreiterrolle einnehmen und
36 Standards setzen.

1 Das Hamburg der 2020er gestalten

2
3
4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD
5 Landesparteitag beschließen:

6 **Forderung:**

7
8
9 Unsere Vision für das Hamburg der 2020er Jahre ist eine Stadt, die für die Menschen gebaut
10 ist und die Mobilität für alle sicherstellt, eine Stadt, die für eine hohe Aufenthaltsqualität im
11 Freien sorgt und von einem florierenden innerstädtischen Einzelhandel geprägt ist. Eine Stadt,
12 die nach diesen Prämissen geplant, gebaut und gelebt wird, verstehen wir als sozial gerecht,
13 nachhaltig und fortschrittsorientiert, also zutiefst sozialdemokratisch.

14
15 Hierfür wollen wir an die städtebaulichen Erfolgsprojekte der Vergangenheit und Gegenwart,
16 wie die HafenCity, den Wilhelmsburger Inselpark oder den Harburger Binnenhafen anknüpfen
17 und diese für die Gesamtstadt weiterdenken. In der Vergangenheit standen vor allem
18 städtebauliche Projekte im Vordergrund, ohne diese immer mit einem umfassenden modernen
19 Mobilitätskonzept für das 21. Jahrhundert zu flankieren, das auf einer gleichberechtigten
20 Verkehrspolitik zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern beruht. Im Hamburg der 2020er
21 Jahre werden wir uns vom Leitbild der funktionalen Stadt, welches den motorisierten
22 Individualverkehr in den Vordergrund stellt, abwenden und dem Leitbild der lebendigen Stadt,
23 welches das öffentliche Leben vom Kind bis zum Greis in den Mittelpunkt aller Planungen stellt,
24 zuwenden. Damit schaffen wir Raum für neue Konzepte der Stadtentwicklung und für neue
25 Entwürfe für öffentliche Räumen wie auch für die Entwicklung neuer Mobilitätskonzepte

26
27 Der öffentliche Raum soll bewusst als lebenswerter Raum gestaltet werden und
28 klimafreundlichere Verkehrsträger sollen die zentrale Rolle im Verkehrssystem zugewiesen
29 werden. Insbesondere ein guter und bezahlbarer ÖPNV ist für uns als SPD zentral, um günstige
30 und klimafreundliche Mobilität durch das ganze Stadtgebiet zu ermöglichen. Freiwerdende
31 Verkehrsflächen werden verstärkt zur Gewinnung von Wohnraum, Grünflächen und
32 Aufenthaltsräumen genutzt.

33
34 Mit diesem neuen Ansatz der Stadtplanung **steigern wir die städtische Lebensqualität,**
35 **erhöhen die Mobilität aller, leisten einen Beitrag zum Klimaschutz** und **fördern die**
36 **wirtschaftliche Entwicklung Hamburgs** – im Zentrum und am Stadtrand.

37
38 Um diese Ziele zu erreichen, fordern wir ein Umdenken, wie wir **Stadtzentren** verstehen und
39 denken, welche Rolle die **Magistralen** unserer Stadt spielen sollen und wie künftig welche
40 **Mobilitätsformen** sichergestellt werden können.

41 42 43 **Innenstadt und Stadtzentren - Orte zum Leben**

44
45 Die Innenstadt und die bezirklichen Zentren sind der Puls unserer Stadt. Sie sind
46 Begegnungsräume für Menschen und verkörpern das urbane Lebensgefühl als Orte, an denen
47 wir leben, lieben, arbeiten, uns verwirklichen oder auch einfach nur die Seele baumeln lassen.
48 Wir wollen, dass die Zentren Hamburgs stärker an den Bedürfnissen der Hamburger*innen
49 ausgerichtet sind, weshalb wir uns für eine Verkehrsberuhigung der Zentren und für eine
50 Aufwertung des umzugestaltenden öffentlichen Raums einsetzen. Für dieses Ziel sind
51 verschiedene Maßnahmen wie Begrünungen, eine Förderung der Außengastronomie, eine

52 noch ambitioniertere Parkraumbewirtschaftung im öffentlichen Raum sowie eine smarte und
53 konsequente Überwachung des ruhenden Verkehrs angemessen und ortsgerecht zu
54 kombinieren.

55

56 Wir wollen die bestehenden Pilotprojekte am Rathausmarkt und in Ottensen als Vorbild
57 nehmen, um zusammen mit Anwohner*innen und Gewerbetreibenden Lösungen zu finden, wie
58 wir die Innenstadt und die bezirklichen Zentren zu Aufenthalts- und Einkaufsorten für Familien,
59 Senioren und Anwohner*innen weiterentwickeln.

60 Parken in Hamburg muss grundsätzlich einen Preis haben. Wir setzen hierbei auf ein
61 abgestuftes System: Wer als AnwohnerIn innerhalb des Ring 3 öffentlichen Raum in Anspruch
62 nehmen will, um sein Auto abzustellen, muss eine Jahresgebühr zahlen. Für Tagestouristen
63 werden Tagestickets angeboten. Soweit verwaltungstechnisch effizient realisierbar, ist bei den
64 Gebühren je nach Schadstoffausstoß des Fahrzeugs eine höhere bzw. geringere Gebühr zu
65 erheben.

66

67 Bereiche, in denen eine Umgestaltung vorstellbar ist, sind für uns im Gebiet der Innenstadt
68 u.a. die Bereiche Jungfernstieg, Mönckebergstraße, Ballindamm und Lange Reihe sowie im
69 als bezirkliche Zentren die Bereiche am Wandsbeker Markt, am Bergedorfer
70 Weidenbaumsweg, um das Harburger Rathaus, um die Eimsbütteler Osterstraße und in den
71 weiteren urbanen Zentren von z.B. Winterhude, Eppendorf und Barmbek.

72

73

74 **Magistralen – Mehr als nur Häuserschluchten**

75

76 Die Magistralen sind heute die Hauptverbindungsachsen zwischen der Innenstadt und den
77 bezirklichen Zentren. Gerade durch die sehr gute bestehende Verkehrsanbindung eignen sich
78 diese zur weiteren Nachverdichtung und die Aufstockung für Wohnungsbau. Daher begrüßen
79 wir das Magistralenkonzept der Stadt Hamburg zur Schaffung neuen Wohnraums. Bei der
80 Nachverdichtung der Magistralen muss auch der ÖPNV gestärkt werden, um den neuen
81 Bewohnern von Anfang an ein attraktives Angebot zu bieten und sie so zum Umsteigen zu
82 bewegen. Dazu gehört eine Bevorzugung des ÖPNV auf der Straße, z.B. durch eigene
83 Busspuren, die baulich von der Straße getrennt werden können.

84

85 Allgemein setzen wir uns für die Reduktion des Verkehrsflusses durch die Magistralen ein, der
86 mit einer Neuaufteilung des Straßenraumes einhergeht. Der durch den Umbau der Magistralen
87 freiwerdende Raum soll den Bürger*innen als öffentlicher Raum mit hoher Lebensqualität
88 zurückgegeben und dabei so gestaltet werden, dass der verbleibende Verkehrsraum allen
89 Verkehrsträgern gleichberechtigt zur Verfügung steht. Neben Spuren, die für den motorisierten
90 Individualverkehr zur Verfügung stehen, braucht es exklusive Spuren für den ÖPNV sowie
91 Versorgungs- und Einsatzfahrzeuge und auch baulich getrennte Spuren für einen sicheren
92 Radverkehr (Protected Bike Lanes). Ein Vorbild für die Verwandlung einer Durchgangsstraße
93 zu einem Begegnungsraum ist für uns die die Eimsbüttler Osterstraße.

94

95 Magistralen, in denen eine Umgestaltung vorstellbar ist, sind für uns die Ost-West-Straße, die
96 Max-Brauer-Allee, die Grindelallee, die Bergedorfer Straße oder die Wandsbeker Chaussee
97 und des Harburger Rings, die Moorstraße, den Schloßmühlendamm.

98

99

100 **ÖPNV der Zukunft – Neue Verbindungen für neue Möglichkeiten**

101

102 Eine lebenswerte Stadt, die Mobilität für alle sicherstellt, kann dies nur mit einem starken
103 Öffentlichen Personennahverkehr leisten. Um die Attraktivität des Umstieges auf den ÖPNV zu
104 erhöhen, fordern wir zum einen den Ausbau von Bahnhöfen und großen Busbahnhöfen zu
105 sozialen Mobility-Hubs, die verschiedene Funktionen für die Nutzer*innen vereinen. Wir wollen

106 die leistungsfähigen Umstiegsbahnhöfe von Durchgangsorten zu sozialen Drehscheiben
107 weiterentwickeln, in denen Menschen nicht nur zwischen verschiedenen Verkehrsträgern
108 umsteigen (Bus, Bahn, Auto, Fahrrad), sondern auch ihre Wocheneinkäufe erledigen, ihre
109 Kinder zur KiTa bringen, in einem Café durchschnaufen können oder ein Buch in der
110 Bücherhalle ausleihen.

111

112 Daneben brauchen wir einen weitergehenden Ausbau des Bus- und insbesondere Bahnnetzes.
113 Neben den aktuellen Neubauplänen für S- und U-Bahn, müssen die Tangentialverbindungen
114 zwischen den bezirklichen Zentren gestärkt werden. Dabei sollen verstärkt nach Möglichkeit
115 emissionsfreie ÖPNV-Angebote wie etwa der E30 zwischen Harburg und Bergedorf geschaffen
116 werden, bis auch diese Querverbindungen durch leistungsfähigere Transportmittel, wie
117 beispielsweise eine Ringbahn, erschlossen werden.

118

119 Wir unterstützen deshalb die Forderung der SPD-Bundestagsfraktion, längerfristig ein 365€-
120 Ticket für alle BenutzerInnen des ÖPNV zu schaffen. Für ein solches Ticket ist eine finanzielle
121 Unterstützung durch den Bund anzustreben. Kurzfristig sollte das Ticket für Gruppen mit
122 niedriger finanzieller Kapazität eingeführt werden, wie Auszubildende, Studierende,
123 RentnerInnen und SozialhilfeempfängerInnen. Wir begrüßen und unterstützen die Forderung
124 des Landesparteitages und Peter Tschentschers für ein kostenloses Ticket für SchülerInnen
125 und befürworten auch die Forderung nach einem 30€/Monat-Ticket für Azubis.

126

127 Umsteigezentren, in denen eine Umgestaltung vorstellbar ist, sind für uns der Hauptbahnhof
128 und die Bahnhöfe Berliner Tor, Barmbek oder der neue Fernbahnhof Diebsteich und
129 Querverbindungen zwischen etwa Niendorf und Eidelstedt.

130

131 **Begründung:**

132 Die Entwicklung einer Vision des Hamburgs der 2020er bedeutet eine Abkehr vom Leitbild der
133 funktionalen Stadt, in der der motorisierte Individualverkehr im Vordergrund steht und in der
134 Schlafen, Arbeiten und Gewerbe voneinander getrennt sind. Die Verkehrspolitik spielt dabei
135 eine Schlüsselrolle, weshalb wir neben neuen Konzepten für die Stadtentwicklung und die
136 öffentlichen Räume auch neue Mobilitätskonzepte benötigen. Bei der Erschließung neuer
137 Stadtteile wie Oberbillwerder oder der Science City Bahrenfeld werden schon jetzt keine reinen
138 Wohnquartiere mehr geplant, sondern Gewerbe und Naherholung mit in den Quartieren
139 verankert. Dieses Konzept der lebendigen Quartiere wollen wir auf den Bestand übertragen.

140

141 Durch die zunehmende Abnahme des motorisierten Individualverkehrs zwischen
142 verschiedenen Stadtfunktionen, kann der frei werdende Straßen- und Parkraum vor allem im
143 Innenbereich für neue Nutzungen erschlossen werden. Durch diese wird die Lebensqualität
144 einzelner Quartiere und an den Magistralen gesteigert werden. Eine gesteigerte
145 Aufenthaltsqualität der Quartiere wirkt sich nicht nur auf die Lebensqualität der Bewohner aus,
146 sondern bedeutet auch eine Stärkung des Einzelhandels in den betroffenen Zonen. Mit
147 Maßnahmen der Verkehrsberuhigung und Aufwertung in der Innenstadt und den weiteren
148 Zentren werden die Einkaufsstraßen zu einem Aufenthaltsort aufgewertet und es entsteht ein
149 Standortvorteil des Einzelhandels gegenüber dem Online-Handel.

150

151 Heute erleben wir viel zu oft lange Verkehrsstaus, ein von S-Bahn-Ausfällen geprägtes ÖPNV-
152 System und Fahrrad-Routen, die lebensgefährlich erscheinen. In Hamburg gibt es eine viel zu
153 große Zahl an Verkehrstoten unter Radfahrer*innen und Fußgänger*innen zu bedauern, hinzu
154 kommen erhebliche Probleme bei der Luftreinhaltung. Der ruhende Verkehr blockiert einen
155 erheblichen Anteil der Freiflächen und führt zu einer Versiegelung wertvoller Flächen. Das alles
156 resultiert in sozialen Ungerechtigkeiten. 43% der Hamburger*innen besitzen kein Auto und
157 müssen zu oft im Stau im Bus festsitzen. Menschen, die auf günstigen Wohnraum angewiesen
158 sind, finden diesen oft nur an lauten und luftverschmutzten Straßen. Viele innerstädtische

159 Plätze sind zu Parkplätzen degradiert und gleichen eher Betonwüsten als Orten, an denen
160 Menschen verweilen möchten.

161

162 Es gibt zahllose Beispiele aus dem In- und Ausland, dass ein ambitionierter Stadtumbau zu
163 einer nachhaltigen, sozial-gerechten und wirtschaftsstarken Stadt führt. Im italienischen
164 Pontevedra führte die Einführung einer autofreien Innenstadt nicht nur zu einer Reduktion der
165 Emissionen um 70%, sondern auch zu einem boomenden Einzelhandel im Innenstadtbereich.
166 Die Verzahnung von Rad- und ÖPNV-Verkehr in Freiburg-Vauban zeigt, dass eine intelligente
167 Verkehrspolitik nicht nur ökologisch, sondern auch sozial gestaltet werden kann. Und auch die
168 Städte Amsterdam und Kopenhagen zeigen, dass mit einer langfristigen Stadtentwicklung viel
169 mehr Verkehr auf das Rad umgelegt und gleichzeitig die Lebensqualität gesteigert wird.

170

171 An diesen Beispielen wird deutlich, dass unsere Vision des Hamburgs der 2020er die Belange
172 des Sozialen, Ökologischen und Ökonomischen gleichberechtigt miteinander vereint. Während
173 es ein Wesenskern sozialdemokratischer Politik ist, einen Ausgleich zwischen der
174 wirtschaftlichen Entwicklung und den sozialen Erfordernissen zu erzielen, besteht aber bei der
175 Umsetzung der ökologischen Dimension Handlungsbedarf. Deshalb muss hier unsere
176 Stadtentwicklungspolitik durch Zielsetzungen ergänzt werden, die dazu führen, dass unnötige
177 Wege vermieden, die CO₂- und Stickoxid-Emissionen auf Netto-Null gesenkt und die
178 Umweltkosten sozial gerecht verteilt werden.

179

180 Die Umsetzung unserer Vision des Hamburgs der 2020er bedeutet jedoch eine sehr
181 umfangreiche und tiefgreifende Veränderung der Stadt, die nicht ausschließlich vom grünen
182 Tisch aus geplant werden darf. Deshalb muss die Erarbeitung solch eines Leitbildes durch
183 konkrete Pilotprojekte in der Praxis flankiert und begleitet werden. Kern sollen die bereits
184 geplanten Pilotprojekte zur Schaffung autoarmer Straßenzüge am Ottenser Markt in Altona und
185 am Rathausmarkt in Mitte sein. Diese sollen durch weitere Pilotprojekte ergänzt werden, die
186 u.a. dem Ziel folgen den Charakter der Straßenzüge hin zu Begegnungsräumen und Einkaufs-
187 und Flanierstraßen umzuwandeln. Hierfür sind eine Bandbreite an Maßnahmen denkbar, wie
188 die Förderung von Außengastronomie, smartere Überwachung des ruhenden Verkehrs oder
189 bauliche Maßnahmen.

190

191 Mit Parkraumbewirtschaftung schaffen wir es, Autofahrer entsprechend der durch ihren
192 Verkehrsträger verursachten Kosten an der Finanzierung des Verkehrssystems zu beteiligen
193 und unsere Stadt lebenswerter zu machen.

194 Es gibt kein Grundrecht auf kostenfreies Parken. Parkplätze verbrauchen öffentlichen
195 städtischen Raum, der allen Bürgern gehört. Die Einrichtung eines Parkplatzes kostet eine
196 Stadt laut Agora Verkehrswende mehrere hundert Euro und der Erhalt pro Jahr im Durchschnitt
197 ca. 360 €, bei Einbeziehung von allgemeinen Verwaltungs- und Kosten für öffentliche Sicherheit
198 sogar 220 €. Ein Parkplatz nimmt im Durchschnitt ca. 12 qm ein und verbraucht damit ca. 19-mal
199 so viel Platz wie ein Fahrrad. Die Durchschnittsmiete in Hamburg beträgt derweil pro qm über
200 12 € kalt. Insgesamt ist ein „kostenfreier“ Parkplatz im Wohngebiet also überhaupt nicht
201 kostenlos, sondern ein min. 300 € / Jahr teures Geschenk aller Bürger Hamburg an die
202 Autofahrer. Hinzu kommen nach die nicht bezifferbaren Kosten durch schädliche Folgen von
203 Abgasen und Unfällen für Klima, Gesundheit und Leben. Das stellt in den meisten Fällen eine
204 Förderung von Reicherem da: fast die Hälfte der Haushalte mit niedrigem Einkommen in
205 Deutschland lebt ohne Auto, bei hohem Einkommen liegt dieser Anteil nur bei 8 %.

206 International wird Parken schon längst entsprechend seiner wirklichen Kosten behandelt und
207 ist kostenpflichtig: In Wien kosten die "Parkpickerl" für Anwohner der inneren Bezirke
208 mittlerweile 120 Euro pro Jahr, zuzüglich Bearbeitungsgebühren von 50 Euro. Anwohnerparken
209 kostet in Stockholm 827 Euro, in Kopenhagen 535 Euro, in Zürich 300 Franken. In japanischen
210 Städten ist Parken am Straßenrand grundsätzlich verboten.

211

212



213 Laut der neuen Studie der FES für Hamburg sehen 45 Prozent der Befragten und damit die
214 höchste Zahl der Befragten im Bereich ÖPNV niedrigere Ticketpreise als wichtigste notwendige
215 Verbesserung. Die Bundestagsfraktion unterstützt die Forderung nach dem 365 € Ticket und
216 könnte auch zur Unterstützung der Finanzierung in die Pflicht genommen werden. Als SPD sind
217 wir mehr als andere Parteien darauf angewiesen, alternative Verkehrsträger nicht nur für
218 Menschen, die im innenstadtnahen Bereich wohnen, sondern auch aus Kostengründen weiter
219 außerhalb wohnen, anzubieten. Das kann nur der ÖPNV leisten. Mobilität ermöglicht
220 gesellschaftliche Teilhabe und muss daher für alle gut finanzierbar sein. Nicht zuletzt schaffen
221 wir so einen Anreiz, klimafreundlich mobil zu sein.

1 **Antragstitel**

2
3
4
5
6
7

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD Landesparteitag beschließen

8
9
10
11
12
13
14
15

Forderung:

Wir fordern die SPD Hamburg dazu auf die Bußgelder für weggeworfene Zigaretten und Kaugummis deutlich zu erhöhen und mehr Personal für Kontrollen einzustellen.

Außerdem sollen eine Kampagne und Hinweisschilder an öffentlichen Plätzen und Bahnhöfen über die neuen Bußgelder informieren.

16
17
18
19
20
21

Begründung:

5,6 Billionen Zigaretten werden jedes Jahr weltweit geraucht, 4,5 Billionen davon werden achtlos weggeworfen. Es fehlt bei den meisten Verbraucher*innen an Verantwortungsbewusstsein für den erzeugten Müll.

22
23
24
25
26
27

Dabei verseucht nur eine weggeworfene Zigarette etwa 40 Liter Wasser. Aufgrund der Größe lassen sich Zigarettenkippen nicht komplett von der Stadtreinigung beseitigen.

Viele Städte und Länder haben die Bußgelder aus diesen Gründen deshalb deutlich erhöht und schrecken damit Umweltsünder ab.

28
29
30
31
32

Die Stadt Hamburg hat ein gutes Netz an Mülleimer in der Stadt. Trotzdem landen Zigarettenkippen auf dem Boden, oft sogar direkt neben den Mülleimern. Es besteht demnach in unserer Stadt die Notwendigkeit für härtere Maßnahmen, um dem Problem gerecht zu werden.

33
34
35
36
37

Durch den enthaltenen Kunststoff beginnen Kaugummis erst nach etwa fünf Jahren langsam zu verrotten. Aus diesem Grund stellen angetrocknete Kaugummi-Placken für die Straßenreinigung ein echtes Problem dar. Dieser sogenannte "Extremschmutz" kann nur mit hohem Aufwand und enormen Kosten wieder entfernt werden.

38
39

Diese Kosten sollten nicht bei der Stadt hängen bleiben, sondern von den Verursachern zurückgeholt werden.

1 **Transparenz über Mitgliederentwicklung**

2

3

4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat zur Weiterleitung an den SPD
5 Landesvorstand beschlossen:

6

7

8 **Forderung:**

9 Die SPD Landesorganisation Hamburg wird aufgefordert der Landesdelegiertenkonferenz der
10 Jusos Hamburg zum Januar eines jeden Jahres eine Übersicht über die Mitgliedszahlen der
11 Jusos Hamburg zukommen zu lassen. Die Übersicht soll nach Juso-Gruppen und Geschlecht
12 aufgegliedert sein.

13

14 **Begründung:**

15

16 Erfolgt mündlich.